

110-5129

601186a

15.2.2068

11922

Krab. 286.

ST M

V F - 41 - /43g.
V F - 43 - /43
V F 45 - /43.
V F 47 - 49/43.

Der Regierungspräsident
I/3a Nr.34/44 g (I/5) 52⁶⁰

Karlsbad, den 4. Januar 1944.

Geheim!

Deutsches Staatsministerium
für Böhmen und Mähren
Eing. 7.2. Ant. Halp.
Tab. Nr. 6000
Lfd. Nr. 110
Ausg. an: Landrat v. Landmann

Lagebericht

für den Monat J a n u a r 1944.

I. Politischer Teil.

1.) Politische Lage im allgemeinen, Stimmung der Bevölkerung.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß in den kommenden Monaten das gewaltige Ringen seinem Höhepunkt zustrebt und zur Entscheidung drängt. Die augenblicklich im Osten tobenden sehr schweren Kämpfe und die Angriffe in Italien sind lediglich als das Vorspiel für den bevorstehenden Entscheidungskampf anzusehen, für die drohenden Invasionsversuche und auch die Maßnahmen deutscherseits. In Erwartung der kommenden Ereignisse befindet sich das deutsche Volk in einem Zustande stärkster Spannung und Erregung, mit brennender Ungeduld, aber nicht ohne Zuversicht sieht es der weiteren Entwicklung entgegen. Es weiß, worum es in diesem Kampf geht. Die Auslieferung Europas an Moskau durch die Vereinigten Staaten und England hat auch den einfachsten Volksgenossen davon überzeugt, welches Schicksal ihn im Falle eines Sieges der Feindmächte erwartet und daß nur die ungebrochene Abwehr der deutschen Wehrmacht und eine feste und geschlossene Heimatfront den Ansturm der Feinde niederzwingen können. Daher wird es in seinen gesunden Teilen auch künftig höchsten Anforderungen gewachsen sein und sich wie bisher bewähren. Dabei kann die augenblickliche Stimmung, das muß offen ausgesprochen werden, keineswegs als gut bezeichnet werden. Das Abflauen der Stimmung ist aber weniger auf die allgemeinen Erschwernisse und Belastungen, die der Krieg mit sich bringt und die naturgemäß jeden einzelnen bedrücken, zurückzuführen, sondern im wesentlichen darauf, daß das deutsche Volk über den Verlauf des Krieges in den vergangenen Monaten enttäuscht ist. Rückschläge im Auf und Ab des Krieges vermag ein sich seiner Stärke bewußtes und im Kriege erhärtetes Volk wie das deutsche wohl zu ertragen, aber Unzufriedenheit und in manchen Kreisen auch eine gewisse Unsicherheit hat es hervorgerufen, daß seit vielen Monaten der feindliche Bombenterror ungehemmt über Deutschland rasen kann, daß eine blühende Stadt nach der anderen in Schutt und Asche sinkt, ohne daß die so oft angekündigte Vergeltung einsetzte. Angesichts der allgemeinen Zuspitzung der Lage ist es daher auch in erster Linie die Frage der Vergeltung, die das Volk in höchstem Maße bewegt, da man sich von der Wirkung der Vergeltungswaffe nach den erfolgten Ankündigungen die Entscheidung des Krieges verspricht.

Wie stark sich das deutsche Volk mit dieser Frage beschäftigt und inwieweit sich seine erregte Fantasie in Erwartung des Vergeltungsschlages versteigt, mag daraus ersehen werden, daß es nach den Berichten eines Landrats und Oberbürgermeisters tatsächlich Volksgenossen gab, die glaubten, in der vor einigen Wochen eingeleiteten Bildaktion "Grauer Schatten mit Fragezeichen" eine Ankündigung der Vergeltungsmaßnahmen erblicken zu können. Wie der Landrat von Karlsbad berichtet, habe man aus dem Schattenbild unter dem

64196



Motto

St. M. V F - 41 v / 48 g

24/44 g

Motto "Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus" den unmittelbar bevorstehenden Angriff auf England abgeleitet und Sondermeldungen des Radios erwartet. Die Lösung des Rätsels habe dann allgemein Enttäuschung hervorgerufen.

Diese Auslegung der Bildpropaganda ist bezeichnend für die augenblickliche seelische Verfassung des deutschen Volkes; nichts kann besser illustrieren, wie stark die Frage der Vergeltung das deutsche Volk bewegt, das sich durch den Terror in seinem Stolz und auch in seiner Widerstandskraft getroffen fühlt und das Sühne verlangt für die zerstörten Städte und die ermordeten Frauen und Kinder.

2.) Partei und Gliederungen. -----

3.) Wehrmacht.

Der Jahrgang 1927 wird in diesen Tagen gemustert. Der körperliche Zustand der Dienstpflichtigen ist nicht gut. Im Kreise Preßnitz mußte ein größerer Teil der Dienstpflichtigen wegen Unterernährung auf 1 - 2 Jahre zurückgestellt werden; es waren 56 % kv, 40 % zeitlich untauglich, 1 % av und 3 % wu. Im Kreise Saaz waren etwa 40 % kv. Die Musterung der 16-17 jährigen wird vielfach als ein bedenkliches Zeichen angesehen.

Die Stimmung der Fronturlauber, die sich lobend über ihre Ausrüstung, Verpflegung und die bei den Einheiten herrschende Kameradschaft aussprechen, wird durchweg als gut bezeichnet; natürlich äußern auch sie den Wunsch, bald in normale Verhältnisse zurückzukehren. Kritisiert wird immer wieder sowohl von Fronturlaubern als auch von der Bevölkerung, daß immer noch jüngere Jahrgänge sich bei den Dienststellen in der Heimat und in den besetzten Gebieten befinden.

Ein am 2.1. zwischen den Gemeinden Blattnitz und Steinaujezd im Kreise Mies abgestürztes deutsches Flugzeug wurde von einer in der Nähe liegenden Scheinwerferabteilung so mangelhaft bewacht und abgesperrt, daß die Bevölkerung Zutritt zu der Absturzstelle hatte und umherliegende MG- und Bordkanonenmunition an sich bringen konnte. Um die damit verbundenen Gefahren zu vermeiden, ist es notwendig, daß die Überwachung schärfer gehandhabt und umherliegende Munition unverzüglich gesammelt wird.

4.) Polizei.

Im Regierungsbezirk wurde wieder eine Anzahl feindlicher Flugblätter aufgefunden, die aus Flugzeugen abgeworfen worden waren. Unter ihnen hat das Flugblatt "Luftpost", London, am 17.12.1943, mit der Überschrift "Angriffe von Osten, Westen und Süden", das auf der Vorderseite eine Abbildung der Teheraner Konferenzteilnehmer enthält, weite Verbreitung gefunden. Neuerdings wurde im Kreise Tepl noch das Flugblatt "Luftpost" vom 15.1.1944 mit Überschrift auf der ersten Seite "Nur noch 380 km" aufgefunden. Die Flugblätter bedeuten in ihrer geschickten und scheinbar sachlichen Darstellungsweise für unkritische Leser eine große Gefahr. Das zweite Flugblatt enthält u.a. auch Ausführungen über die angebliche deutsche

Vergeltungswaffe.

Vergeltungswaffe. Auch wurden gefälschte Lebensmittelmarken abgeworfen. Zwei Personen aus dem Kreise Tepl, die den Versuch unternommen hatten, diese Lebensmittelreisemarken zur Einlösung zu bringen, wurden in einem Verfahren vor dem Sondergericht beim Landgericht in Eger zu Zuchthausstrafen verurteilt.

Die in der Presse wiederholt aufgenommenen Hinweise auf die Bestimmungen über den Grenzübertritt nach dem Protektorat haben nach den Erfahrungen, die im Kreise Mies auf der Reichsbahnstrecke Stuttgart-Prag gemacht werden, noch zu keinem Erfolg geführt. Immer wieder werden Reisende ohne Durchlaßschein angetroffen. Reichsbahnbedienstete hatten zwar Freikarten der Reichsbahn für die Urlaubsreise in das Protektorat, aber ebenfalls keine Durchlaßscheine. Es wird von den Reisenden immer wieder angegeben, es sei ihnen von ihren Heimatpolizeibehörden erklärt worden, daß Kennkarten oder Urlaubsscheine ausreichende Grenzübertrittsausweise seien. In vielen Fällen mußten die Reisenden zurückreisen.

5.) Tschechische Volksgruppe.

Trotz aller Zurückhaltung, deren sich die Tschechen nach wie vor befleißigen, ist doch festzustellen, daß sie die Entwicklung des Krieges mit steigender Zuversicht verfolgen. Wie ein Landrat berichtet, haben sich auf Grund der Nachrichten über die Tätigkeit Benesch's zwei Gruppen gebildet; ein Teil, der die Niederkämpfung des Reiches und Wiedererrichtung der Tschechoslowakei mit Hilfe des Bolschewismus erhofft, und der andere Teil, der ebenfalls gegen Deutschland eingestellt ist, aber vom Kommunismus nichts wissen will.

Die Disziplin der zur Arbeit im Regierungsbezirk eingesetzten Tschechen hat sich in der letzten Zeit gebessert. Sie verhalten sich ruhig, sind fleißig und kehren pünktlich vom Urlaub zurück. In den Metallwerken in Holleischen spricht man sich über die Arbeitsleistung der Tschechen lobend aus.

Über die Auswirkungen der Grenzsicherungsverordnung äußert sich der Landrat von Mies folgendermaßen: "Daß die Tschechen keinen Grund käuflich im Reichsgebiet erwerben können, ist ihnen schließlich verständlich. Daß sie aber einen Familienbesitz, der sich bereits seit Jahrzehnten in ihrem Eigentum befindet, nicht behalten dürfen, macht sie stutzig. Sie ersehen daraus, daß sie auch bei loyalstem Verhalten nicht damit rechnen können, ihren Besitz zu behalten. Ich bin der Anschauung, daß diese Praxis sich z.Zt. für die Leistung und für die Haltung abträglich auswirken muß. Die Tschechenfrage wird nach Beendigung des Krieges eine generelle Lösung finden. Dieselbe wird sich auch auf die Besitzverhältnisse erstrecken. Es könnte daher m.E. bei den Tschechen, gegen die ansonsten nichts vorliegt, und die ihre Arbeitspflicht sehr oft in Rüstungsbetrieben gewissenhaft erfüllen, von dieser Nadelstichpolitik Abstand genommen werden. Ich bitte, diese Frage an höherer Stelle vorzubringen und eine Entscheidung herbeizuführen."

Zu der Übernahme tschechischen Grundbesitzes in Treuhandverwaltung berichtet der Landrat in Podersam folgendes: "Eine Aussprache mit der Dienststelle des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums in Fulnek erscheint unerlässlich notwendig, damit endlich einmal Klarheit darüber geschaffen wird, ob nach den bisher gemachten Erfahrungen die Übernahme tschechischer Anwesen in Treuhandverwaltung fortgesetzt werden soll oder nicht. Ich halte die

weitere

weitere Übernahme von tschechischen Anwesen nur in den Fällen gerechtfertigt, in denen sofort Umsiedler angesetzt werden können. Den Tschechen müßte aber sobald wie möglich der Schätzwert der Anwesen in bar ausbezahlt werden.

Wie mir der Neubauernberater der Kreisbauernschaft in Saaz berichtet hat, sind die Buchenländer Umsiedler ein schwer zu behandelndes Völkchen. Wenn sie sich heute ein Anwesen angesehen haben und bereit sind, das Anwesen zu übernehmen, sind sie morgen schon wieder anderer Ansicht. Am liebsten würden sie in einer Gemeinde zusammenbleiben. Es war gesagt worden, daß sich sehr viele Handwerker unter ihnen befinden, an denen gerade am Dorfe großer Mangel herrscht; nun stellt sich heraus, daß sie vom Handwerk überhaupt nichts mehr wissen wollen.

Um noch ein Beispiel anzuführen, sei darauf verwiesen, daß in Oberklee der tschechische Landwirt Zima allgemein als sehr tüchtiger Bauer gilt. Sein 15-jähriger Sohn besucht die fünfte Klasse der Podersamer Hauptschule mit gutem Erfolg. Er beherrscht die deutsche Sprache vollendet und in zwei Geschlechternfolge wäre die Familie ebenso eingedeutscht, wie die in Oberklee ansässigen beiden Bauernfamilien Bočvar oder der deutsche Bürgermeister der Gemeinde Wilkau Palkoska, dessen Vater noch Tscheche war. Wo die Möglichkeit der Eindeutschung gegeben ist, sollte man nicht einfach darüber hinweggehen. Im Warthegau scheint man nach all dem Gehörten weit mildere Maßstäbe anzulegen."

6.) Marxistische und sonstige staatsfeindliche Bestrebungen.

7.) Kirchen.

Der Kirchenbesuch ist weiterhin sehr stark.

Die Ordensoberin Elisabeth Malzer im Krankenhaus Tachau wurde vom Sondergericht in Eger wegen Vergehens gegen § 1, Abs. 1 des Heimtückegesetzes zu einer Gefängnisstrafe von 8 Monaten und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

II. Verwaltungsangelegenheiten.

3

1.) Allgemeine Verwaltungsfragen, Zusammenarbeit mit Partei, Behörden und Organisationen.

2.) Verwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Die erweiterte Heranziehung der noch in der Heimat verbliebenen Volksgenossen zu verschiedenen Funktionen (Landwacht, Feuerwehr usw.) führt zu immer größeren Schwierigkeiten. Die Fälle, wo ein Mann 6 oder 7 Funktionen neben seinem eigentlichen Beruf versehen soll, sind nicht selten. Es ist daher kaum mehr möglich, für die Gemeindeverwaltung ehrenamtlich Tätige zu finden. Es mehren sich im Gegenteil die Fälle, wo ehrenamtliche Bürgermeister wegen Überlastung die Enthebung von ihrem Amte beantragen.

3.) Verkehrswesen.

Die der Stadt Eger zugeteilte Treibgasmenge betrug im Juli 1941 22.143 kg, im Januar 1944 13.596 kg; die Zahl der Fahrzeuge mit Treibgasantrieb ist dabei von 56 auf 62 gestiegen. Ähnlich sind die Zuteilungen der anderen Kraftstoffe gesunken. Gleiche Verhältnisse liegen wohl in sämtlichen anderen Kreisen vor. Dazu kommen noch die weiteren verkehrsbeschränkende Umstände, wie übermäßige Abnutzung, Mangel an Ersatzteilen, Reifen, Kraftfahrern und dadurch Ausfälle von Fahrzeugen. Daß infolgedessen stellen- und tageweise auch die notwendigsten Transporte unterbleiben müssen, daß auch berufstätige Wochenkarteninhaber bei Benutzung von Autobussen Schwierigkeiten haben, besonders nach dem Wegfall von Anhängewagen und nach Fahrpläneinschränkungen auf einzelnen Strecken, ist nicht zu vermeiden.

Mangels genügenden Kraftstoffs konnten die Kohlensonderkontingente, die im Landabsatz bis Ende Dezember abzufahren waren, trotz allem Bemühen auch im Januar nicht abtransportiert werden. Die Stadt Eger benötigt hierfür angeblich zusätzlich noch 1000 Flaschen Treibgas.

Schneefälle haben nur im Gebirge zu stärkeren Verkehrsstörungen geführt. In der Hauptsache mußten die Straßen durch pferdebespannte Schneepflüge und Handarbeit freigelegt werden. Die motorisierten Straßenpflüge konnten nur beschränkt eingesetzt werden, weil für sie nicht genügend Kraftstoff zur Verfügung gestellt werden konnte.

Im Weihnachtsreiseverkehr hat die Polizeiverwaltung Eger von 1400 Anträgen 593, darunter 274 für Schüler und Lehrlinge, genehmigt.

4.) Fürsorgewesen. -----

5.) Schulwesen.

a) Volks- und Hauptschulen.

Der Personalstand zeigt folgendes Bild:

Krankenurlaub

Krankenurlaub:	86
Mutterschaftsurlaub:	32
Unbezahlter Urlaub:	14
Einberufungen zum Wehrdienst:	1210.

Die außerschulische Tätigkeit der Lehrpersonen wird in Vollzug des Runderlasses des RMfWEV. vom 3.7.1943 (MinBl WEV. S.226) überprüft. Viele Lehrkräfte sind mit Nebentätigkeiten überlastet. Ein Hauptlehrer in Stolzenhain z.B., der ständig eine 2. Lehrkraft und manchmal sogar noch eine weitere Lehrkraft zu vertreten hat, ist Standesbeamter, NSV-Ortsgruppenleiter, Jugendhilfesachbearbeiter, Ortsbeauftragter für das WHW, Landwachtpostenführer, Kameradschaftsführer der Kriegerkameradschaft, SA-Rottenführer und Sachbearbeiter der Volkskartei. Ein Lehrer in Kotieschau war Ortsgruppenamtsleiter der NSV, Kassenwalter der NSV, Luftschutzlehrer in Jechnitz und Kotieschau, Lehrer für Kartenkunde und Terrainlehre beim NSKK-Sturm, Verbindungsreferent für die Zellen Kotieschau und Wedl der Ortsgruppe Jechnitz, Hilfskraft bei der Gemeindekassenverwaltung in Kotieschau, Beauftragter für Presse und Rundfunk in der Ortsgruppe Muckhof, Revisor der NSKOV, Kameradschaft Jechnitz, Beauftragter für Presse im NSKK-Sturm und Beauftragter für die Waldbeobachtung in Kotieschau. Ein Rektor in Königsberg a.d.E. vertritt als 1. Beigeordneter den nach Kuttenberg abgeordneten hauptamtlichen Bürgermeister mit einem Zeitaufwand von 36 Stunden wöchentlich. Auch in anderen Gemeinden sind Lehrer mit der Wahrnehmung der Bürgermeistergeschäfte betraut und deshalb überlastet. Die angeführten Beispiele zeigen, wie notwendig eine Überprüfung der Nebentätigkeiten ist, selbst wenn es sich um nichtgenehmigungspflichtige Nebentätigkeiten handelt.

Die Inanspruchnahme der Schulhäuser für schulfremde Zwecke nimmt ebenfalls einen weiteren Umfang an. Leider besteht noch viel zu wenig Verständnis dafür, daß die Schule nur der Schule und nicht auch allen möglichen anderen Zwecken dienen soll. In einer Schule ist z.B. die Viehwage untergebracht, in einer anderen wurde eine Milchsammelstelle eröffnet. In einer Hauptschule wurden Kellerräume für Kriegsgefangene zur Verfügung gestellt.

Die Reinigung der Schulräume stößt trotz des Runderlasses des RMfWEV. vom 29.9.1943 (MB1WEV. S.323) in vielen Gemeinden, namentlich in den ländlichen auf größte Schwierigkeiten. Wegen Mangels an Reinigungsmitteln drohen die Reinigungsfrauen nicht selten mit der Niederlegung der Arbeit. In zahlreichen Gemeinden findet sich niemand bereit, die Reinigungsarbeiten in den Schulhäusern zu übernehmen, sodaß die Ehefrauen der Schulleiter diese Arbeiten besorgen müssen.

b) Berufsbildende Schulen.

Im Vorjahr wurde die Unterklasse der Landwirtschaftsschulen mit Ausnahme der in Saaz mit einem Kurzlehrgang der Oberklasse weitergeführt. Im laufenden Schuljahr führen die Landwirtschaftsschulen daher nur die Unterklasse. Nur in Saaz besteht auch eine Oberklasse. 4 Mädchenabteilungen bestehen wie im Vorjahr in Eger und Luditz mit Winter- und Sommerkurs.

Die Landfrauenschule samt Vorbereitungslehrgang sowie die

die Höhere Landwirtschaftsschule in Kaaden führen den Unterricht regelrecht weiter.

Die Bauschule für Wasserwirtschaft und Kulturtechnik in Eger hat wegen Mangels älterer Studierender nur die Vorklasse und 2 Jahrgänge.

Übersicht über die Landwirtschaftlichen Berufsschulen:

- a) für Jungen: 91 Schulen (im Vorjahr 95) mit 95 Klassen (im Vorjahr 102) und 1736 Schülern (im Vorjahr 1934),
- b) für Mädchen: 115 Schulen (im Vorjahr 119) mit 172 Klassen (im Vorjahr 180) und 3917 Schülerinnen (im Vorjahr 4192).

Der Rückgang ist auf den geringeren Nachwuchs zurückzuführen. Die 3 gartenbaulichen Berufsschulen haben wie im Vorjahre 6 Klassen mit 112 Schülern (im Vorjahr 116) und 13 Schülerinnen (im Vorjahr 9).

6.) Gesundheitswesen.

In der Berichtszeit haben die Erkrankungen an Diphtherie und Scharlach gegenüber dem Vormonat etwas abgenommen. Im übrigen sind in gesundheitlicher Hinsicht keine bemerkenswerten Vorkommnisse aufgetreten.

7.) Veterinärwesen.

Die ansteckende Schweinelähme ist im Kreise Bischofteinitz stark abgeflaut und auch im Kreise Mies kam es nur noch zu vereinzelten Seuchenausbrüchen. Erstmals wurde im Bezirk die Hühnerpest in 2 Gehöften einer Gemeinde des Kreises Mies festgestellt. Im allgemeinen ist der Stand der Tierseuchen sonst günstig.

Die Notschlachtungen, häufig verursacht durch Tuberkulose und Knochenweiche, haben in letzter Zeit zugenommen. Die Auswirkungen des Futtermangels, Unzulänglichkeiten in der Haltung und Pflege der Tiere machen sich bemerkbar. Bei den auf die Schlachtviehmärkte aufgetriebenen Tieren fällt der überwiegend geringe Nährzustand besonders auf. Leider häufen sich auch die Transportschäden, die meist durch zu lange Dauer der Transporte bedingt sind. So trafen innerhalb von 14 Tagen allein in Karlsbad mit der Bahn 10 Schweine tot ein. Bei einem anderen Transport von 39 Schweinen aus Westpreußen waren 33 verendet. Hier besteht der Verdacht der Sabotage; die Erhebungen hierüber sind noch im Gange.

Die Tierkörperbeseitigungsanstalt in Podersam ist bis auf den Schornstein, dessen Teilstücke jetzt geliefert wurden, im Rohbau fertiggestellt. Wenn in der Anlieferung der Maschinen keine Verzögerung eintritt, kann die Anstalt voraussichtlich im Monat Mai in Betrieb genommen werden.

In der Erledigung des amtstierärztlichen Dienstes in den Kreisen Asch, Eger und Marienbad sind infolge unzureichender Benzinzuteilung an den Regierungsveterinärerrat in Eger Zustände eingetreten, die nicht mehr verantwortet werden können. Der Amtstierarzt ist nicht mehr in der Lage, veterinärpolizeiliche Feststellungen an Ort und Stelle zu treffen und die Ergänzungsfleischbeschau durchzuführen. Meine Bemühungen, eine Änderung dieses Zustandes durch erhöhte Benzinzuteilung zu erreichen, blieben bisher ohne Erfolg.

8.) Bauwesen.

Die Lage im Bauwesen hat sich gegenüber den Vormonaten nicht geändert.

Im Monat Dezember 1943 wurden im Regierungsbezirk 167 Bauvorhaben (im Vormonat 146) genehmigt. Die genehmigten Bauvorhaben entfallen auf nachstehende Baugruppen:

1.)	Wohnungsneubauten	--
2.)	Wohnungsum- und -erweiterungsbauten	65
3.)	Landwirtschaftliche Neubauten (Scheunen, Ställe und Schuppen)	62
4.)	Landwirtschaftliche Umbauten	13
5.)	Gewerbliche Neubauten	9
6.)	Gewerbliche Umbauten	18

Insgesamt im Dezember 167 Bauvorhaben genehmigt.

9.) Fremdenverkehr, Kurorte. -----

10.) Vermessungswesen. -----

III. Wirtschaftlicher Teil.

1.) Industrie, Handel und Gewerbe.

Die Lage in Industrie, Handel und Handwerk ist im allgemeinen unverändert.

Während die Versorgung mit Industriekohle anhaltend gut ist, hat sich die Zuteilung von Rohmaterialien fast überall in zunehmendem Maße verschlechtert; das gilt insbesondere von der Textilindustrie. Auch die Versorgung der Industrie, vor allem auch des Kohlenbergbaues, mit Hilfsgeräten stößt oft auf die größten Schwierigkeiten.

Die überall betriebene Ausweitung der Industrie ist infolge Fehlens der zur Durchführung erforderlichen Arbeitskräfte gehemmt. Die kürzliche Auskämmung der Betriebe durch die Arbeitsämter macht sich umso mehr bemerkbar, als auch der Zustrom von Ausländern aufgehört hat und ein Ersatz durch Frauenarbeit keineswegs die erhoffte Wirkung erreicht. Es wird sogar hin und wieder von einem unverantwortlichen Verhalten der zur Arbeit verpflichteten Frauen berichtet. Im übrigen ist aber über die Arbeitsmoral nicht zu klagen, weder bei deutschen, noch bei ausländischen Arbeitern.

Die Unterbringung der anlässlich der Verlagerung von Industriebetrieben in den Sudetengau von auswärts herangezogenen oder mitgebrachten Arbeitskräfte bereitet Schwierigkeiten, zumal die schon vorhandenen Arbeitskräfte nicht zufriedenstellend untergebracht sind. Der Mangel an den für die Umstellungsarbeiten notwendigen Handwerkern, insbesondere an Schlossern und Tischlern, wirkt sich sehr hemmend aus.

Im Kohlenbergbau ist eine Steigerung der Produktion zu berichten.

2.) Land- und Forstwirtschaft.

In den größeren landwirtschaftlichen Betrieben sind durch den Abgang der slowakischen Arbeiter Lücken entstanden, die bisher nicht geschlossen werden konnten, weil die in Aussicht gestellten Ostarbeiter noch nicht eingetroffen sind. Infolgedessen fehlt es an Viehpflegern und Gespannführern. Die bereits im letzten Lagebericht ausgesprochene Befürchtung, daß die slowakischen Arbeiter im kommenden Frühjahr nur in geringerer Anzahl zur Verfügung stehen würden, hat sich als begründet erwiesen. Es sollen nur 75 % der benötigten slowakischen Arbeitskräfte vermittelt werden können. Einen Ausweg erblickt die Bauernschaft darin, daß die einheimische Bevölkerung stärker zu den landwirtschaftlichen Arbeiten herangezogen wird, insbesondere Soldatenfrauen mit 1 oder 2 Kindern, die sich meist von der Arbeit fernhalten, obwohl sie früher in der Landwirtschaft beschäftigt waren. Es entsteht jetzt auch die Frage der Betreuung der neugeborenen fremdvölkischen Kinder. Im Landkreis Mies z.B. befinden sich auf den Bauernhöfen insgesamt 60 solche Kleinkinder. Es wird dort erwogen, ein Heim für diese Kinder einzurichten.

Die Milcherzeugung geht infolge Futtermangels stark zurück.

Der Mangel an jungen, leistungsfähigen Pferden ist sehr fühlbar; die vorhandenen Pferde sind zum größten Teil überaltert.

Die Holzabfuhr hat in verstärktem Maße eingesetzt und ist befriedigend. Damit aber keine Störung eintritt, ist es notwendig, den Mangel an Hufbeschlag zu beheben. In den Katastrophengebieten sind noch Bruchbestände aus den Jahren 1938 und 1939 aufzuarbeiten. Dieses Holz ist zum größten Teil verfault und kann daher nur als Brennholz verwendet werden. Ein Mangel an Arbeitskräften besteht in diesem Jahre in der Forstwirtschaft im allgemeinen nicht, weil aus der Landwirtschaft und aus anderen Wirtschaftszweigen Arbeiter herangezogen wurden.

Aus einem Bericht des Landrats in Kaden geht hervor, daß sich bei der Verwertung des bisher von der Deutschen Ansiedlungsgesellschaft verwalteten jüdischen landwirtschaftlichen Besitzes Schwierigkeiten ergeben können, weil sich der Vermögensstand im Laufe der treuhänderischen Verwaltung wesentlich verschlechtert hat. Es handelt sich um das jüdische Gut Kirchleshof, daß der Kreis Kaden als Schulgut übernehmen will. Das Gut hat ein Ausmaß von 81 ha und einen Einheitswert von 153.120,- RM. Die Deutsche Ansiedlungsgesellschaft berechnet für die Verwaltung einen Betrag von 46.700,- RM an Verwaltungskosten. Ursprünglich schien es möglich, das Gut zum Schätzwert zu übernehmen; die Gläubiger hätten nur auf Zinsen verzichten müssen. Dadurch aber, daß die Verwaltungskosten der Deutschen Ansiedlungsgesellschaft in der angeführten Höhe als weitere Schuld hinzukommen, wird die Zwangsversteigerung notwendig werden, wobei die alten Gläubiger, falls die Forderung der Deutschen Ansiedlungsgesellschaft als bevorrechtigt behandelt werden muß, beträchtliche Einbußen an Kapital erleiden werden.

3.) Preisbildung und Preisüberwachung.

Die Regelung der Preise für Ferkel und Läufer und für weibliche Zuchtrinder ist zweckmäßig. Durch sie ist eine lang andauernde

Unsicherheit

Unsicherheit auf diesem Gebiet beseitigt worden. Über Erfahrungen kann noch nicht berichtet werden.

Überprüfungen der Preisgebarung beim Verkauf von Weihnachtsbäumen gaben im allgemeinen keinen Anlaß zum Einschreiten. Allerdings ist festgestellt worden, daß die Anordnung, auf jedem Verkaufsstand einzelne Musterbäume, mit Preisauszeichnungen versehen, aufzustellen, nicht allgemein beachtet worden ist. Offenbar ist dies darauf zurückzuführen, daß die Käufer den Händlern die Bäume bei deren Ankunft am Verkaufsort sofort aus den Händen gerissen haben.

Die Nachprüfungen der Preise für Spielwaren, soweit sie noch in den Spielwarengeschäften zu verkaufen waren, haben gleichfalls zu Bemängelungen keinen Anlaß gegeben. Die im vorigen Jahre erhobenen Klagen über die hohen Preise für die von der HJ, von Lazaretten usw. gebastelten Spielzeuge sind in diesem Jahre nicht wiederholt worden.

In letzter Zeit mehren sich wieder die Klagen über minderwertige und zu teure Protektoratswaren. Von Fall zu Fall ist die Oberste Preisbehörde in Prag gebeten worden, die Preise denen im Reiche anzugleichen.

Die Einrichtung einer Gutachterstelle in Karlsbad unter Beteiligung von Mitgliedern der Preisüberwachungsstelle ist eingeleitet worden. Die Einreichung einer Liste von Schätzmännern durch die zuständigen Wirtschaftsgruppen ist in Kürze zu erwarten. Tauschstellen, die zweifellos auch im Interesse der Einhaltung der Preisdisziplin gelegen wären, sind im Regierungsbezirk noch nicht eingerichtet worden.

Vereinzelt haben Frachtunternehmer Klagen vorgetragen, daß sie mit den auf Grund der Anordnung des Herrn Reichsstatthalters im Sudetengau -Preisbildungsstelle - in Reichenberg vom 3.11.1943 festgesetzten Preisen nicht auskommen, weil sie angeblich durch Reparaturen für Schmiede- und Sattlerarbeiten zu stark belastet seien. Die Frage wird geprüft werden.

Die Klagen über Doppelgleisigkeit bei Schätzungen von zur Versteigerung gelangenden Grundstücken sind weiter aufgetreten (vgl. Lagebericht für Oktober 1943). Eine Regelung erscheint dringend geboten.

Die Einziehung der Mehrerlöse wird auf Grund des hierzu ergangenen Runderrlasses Nr. 66/43 weiter durchgeführt. Im 3. Vierteljahr 1943 sind durch die Preisüberwachungsstelle und die Preisbehörden 282.115,82 RM an Mehrerlösen eingezogen worden.

4.) Wohnungs- und Siedlungswesen.

Über die herrschende Wohnungsnot gibt eine Aufstellung der Stadt Graslitz ein anschauliches Bild:

41 % der Bevölkerung sind dort in Einraum-, 37 % in Zweiraum-, 10 % in Dreiraum- und 12 % in Mehrraumwohnungen untergebracht. Das Bild wird noch schlechter, wenn berücksichtigt wird, daß ein großer Teil dieser Wohnungen naß und feucht sind, weil sie zum Teil schlecht gebaut, zum Teil tief im Erdreich oder im Felsen stehen.

Wie wenig die sozialen Absichten der Wohnraumlenkung auch in Kreisen verstanden werden, bei denen man dies voraus

setzen

setzen sollte, erläutern einige Beispiele aus den Kreisen Kaaden-Preßnitz.

In Kaaden waren in einem Hause zwei Wohnungen frei geworden. Eine von ihnen wurde von einer Familie mit fünf Kindern besetzt. Für die zweite Wohnung war eine Kriegerwitwe mit 3 Kindern vorgesehen. Der Ortsgruppenleiter versuchte unter Hinweis darauf, daß sonst dieses Haus zu einer Mietskaserne werde, zu erreichen, daß die zweite Wohnung einem jungen Gerichtsassessor mit einem Kind von einem halben Jahr zugewiesen wurde, der Unterkunftsmöglichkeit sowohl bei seinem Vater wie bei seinen Schwiegereltern finden konnte.

In Weipert sträubte sich der Leiter der Ortskrankenkasse, eine im Gebäude der Ortskrankenkasse freigewordene Wohnung einer Familie mit 7 Kindern zu geben, da er, wie er sich ausdrückte, es nicht verantworten könne, daß das Gebäude durch diese hohe Kinderzahl zu stark abgenutzt würde. Er vermietete die Wohnung, ohne sich um die gesetzlichen Bestimmungen zu kümmern, an ein älteres Ehepaar, dessen Sohn bei der Wehrmacht ist. Dieses Ehepaar fand die Unterstützung des Ortsgruppenleiters und der Frauenschaft und bezog die Wohnung auch, die jedoch dann wieder geräumt werden mußte.

In Duppau hat bei der Besprechung der Unterbringung eines Bombengeschädigten in der Stadt Duppau der Ortsgruppenleiter-Stellvertreter sich dagegen verwahrt, daß weitere Bombengeschädigte in der Stadt Duppau untergebracht würden. Dabei handelte es sich in diesem Falle um die Unterbringung eines total Bombengeschädigten aus Leipzig, von dem bereits zwei Söhne an der Front gefallen sind.

Alle diese Fälle sind mit Unterstützung des Kreisleiters im Sinne der Wohnraumlentung geregelt worden.

Von den an der Protektoratsgrenze gelegenen Gemeinden kommen immer wieder Klagen darüber, daß zahlreiche Wohnungen noch immer im Besitz von Zollbeamten seien. Diese Zollbeamten sind nach Aufhebung der Zollgrenze versetzt, meist wohnen ihre Familien auch gar nicht mehr in den Wohnungen und diese dienen lediglich zur Aufbewahrung der Möbel. Da diese Verhältnisse vermutlich im ganzen Gau an der Protektoratsgrenze ähnlich sind, wäre es empfehlenswert, wenn diese Angelegenheit mit der Reichsfinanzverwaltung abgesprochen würde.

5.) Gewerbeaufsicht. -----

6.) Versorgung.

Die Versorgung der Bevölkerung mit markengebundenen Lebensmitteln war auch im Januar ausreichend. Sehr günstig haben sich stimmungsmäßig die Sonderzuteilungen zu Weihnachten ausgewirkt. In vereinzelten Gemeinden konnte allerdings infolge der Transport-schwierigkeiten der Weihnachts-Trinkbranntwein bis jetzt noch nicht ausgegeben werden.

Unzufriedenheit löste die in allen Kreisen festgestellte überaus schlechte Gemüseversorgung aus. Verwunderung erregt, daß nicht einmal Sauerkraut zu haben ist. Die Kartoffelversorgung ist bis auf den Stadtkreis Karlsbad einigermaßen zufriedenstellend. Allerdings weisen einige Landräte darauf hin, daß binnen kurzem die Kartoffelvorräte aufgebraucht sein werden, da wegen Verderbs und wegen des Mangels an Gemüse der Kartoffelverbrauch sehr groß ist. Außerdem ist die Bevölkerung der festen Überzeugung, daß Kartoffeln bald wieder in erhöhtem Maße auf dem Markte erscheinen werden. Falls

keine

keine weiteren Zuteilungen erfolgen können, ist es unbedingt erforderlich, die Bevölkerung immer wieder in geeigneter Weise auf sparsamsten Verbrauch und sorgfältige Überwachung der Bestände hinzuweisen. Im übrigen kann die Stadt Karlsbad auf die Gaststättenkartoffelkarten bis auf weiteres noch nicht verzichten, da bei Fortfall der Karte damit zu rechnen ist, daß die einheimische Bevölkerung trotz Einkellerung Kartoffeln in Gaststätten verzehrt. Angesichts dieser schlechten Kartoffel- und Gemüselage hält die Verstimmung darüber an, daß immer noch kein Verbot der Kleintierhaltung für solche Personen, die keine eigene Futterbasis haben, erlassen ist. Im Gau Thüringen müssen selbst Gutsbetriebe die Genehmigung zum Halten von Kleintieren haben. Soweit Trockengemüse, Koch- und Brotmehl, Frischmilch, Butter und Quark an die Letztverbraucher nicht rechtzeitig abgegeben werden konnten, lag es an den Transport-schwierigkeiten, da sich auch hier die Drosselung der Zuteilungen an Treibstoffen bemerkbar macht.

Die reichlichen Zuteilungen an Schweinefleisch werden begrüßt. Bei Hausschlachtungen fällt auf, daß vielfach Tiere von nur 70 bis 100 kg geschlachtet werden. Der Wildanfall ist gering. Zuteilungen von Fischen und Fischmarinaden sind im Januar nicht erfolgt.

Der Abwurf von Reise-Butter- und -Käsemarken in einigen Kreisen veranlaßte die Landräte von Podersam, Kaaden und Saaz zu der Anordnung, daß bis auf weiteres nur von den zuständigen Ernährungsämtern abgestempelte Reise-Butter- und -Käsemarken vom Letztverteiler und von den Gastwirten angenommen werden durften. Ganz abgesehen von der dadurch erwachsenen Mehrarbeit und der Verärgerung des reisenden Publikums dürften solche Maßnahmen nicht zweckentsprechend sein, da sich immer wieder Kaufleute und Gastwirte finden werden, die fahrlässig oder bewußt nicht auf das Erfordernis der Abstempelung achten; außerdem wird der Volksschädling bei Kenntnis dieser Anordnung die gefälschten Reisemarken anderweit unterbringen.

Immer stärker macht sich das Fehlen von Gesundheits-tee bemerkbar. Fast nicht mehr zu haben sind Kamillen- und Salbeitee. Dabei steht nach fachmännischem Urteil fest, daß es ein leichtes gewesen wäre, diesen Tee in ausreichendem Maße zu sammeln. Der Mangel ist einmal auf die geringe Entlohnung der Sammler und zum anderen darauf zurückzuführen, daß die Hitler-Jugend nicht richtig zum Sammeln eingesetzt wurde.

Der Mangel an gewissen bewirtschafteten Bedarfsartikeln und gewerblichen Erzeugnissen wird chronisch. Stimmungsmäßig wirkt sich dies insbesondere dort ungünstig aus, wo diese Mangellage bei Gründung neuer Haushalte oder bei Bombengeschädigten besonders stark in die Erscheinung tritt. In alten Haushalten bestehen zur Zeit immer noch Ausweichmöglichkeiten.

Kaum zu haben sind fast alle Spinnstoffsachen, Bett- und Unterwäsche und Schuhwerk. Die Wirtschaftsämter werden mit Anträgen auf Ausstellung von Bezugscheinen für diese Bedarfsartikel bestürmt. Vielfach kann aber der endlich erhaltene Bezugschein nicht verwertet werden. Die oft gehörte Behauptung, daß die Punkte der vierten Reichskleiderkarte nicht mehr eingelöst werden können, findet Glauben und beun-

ruhigt

ruhigt stark. Sehr verärgert wirkt es, wenn Parteidienststellen sich einzuschalten suchen und den Betriebsführern mit Maßnahmen drohen, falls sie ihren fremdvölkischen Arbeitskräften nicht die dringend erforderlichen Kleidungsstücke, Unterwäsche und Schuhwerk verschaffen. Die Wirtschaftsämter kommen dadurch in Zwangslagen, die bisweilen nur so behoben werden können, daß die einheimische Bevölkerung hinter der fremdvölkischen zurücktreten muß.

Ferner fehlen Küchenherde, Möbel und Tränkeimer. Der Landrat von Luditz erbittet erneut Zuteilung von Material für Kleinstreparaturen, wie Nägel, Lötzinn, Kalk, Zement, Holz und Bretter. Der Landrat des Kreises Tachau beklagt sich über das Nichteintreffen von Besen und Bürstenwaren. Überall fehlen denen, die aus beruflichen Gründen oder infolge Alters auf bessere Nachtbeleuchtung angewiesen sind, die Taschenlampenbatterien, während der Jugend genügend zur Verfügung stehen. Das erregt immer wieder mit Recht größtes Ärgernis. Streichholzmangel herrscht im Kreise Neudek.

Bei dieser Sachlage taucht überall der Gedanke auf, Reparaturwerkstätten aller Art einzurichten. Im Regierungsbezirk sind bereits mehrere solcher Werkstätten im Betrieb, davon 2 größere: die Wäsche-Reparatur-Anstalt Gottschald & Co. in Neudek und die von der Kreishandwerkerschaft Falkenau eingerichtete Schneiderwerkstatt. Die bekannten Schuhwerkstätten der Firma Bata im Protektorat arbeiten zur vollen Zufriedenheit, können aber bei weitem nicht alle Reparaturen durchführen, sodaß z.B. im Falkenauer Kreis an die Errichtung einer Schuhwerkstätte gedacht wird. Auch der Austausch von Gegenständen gewinnt, wie ein Blick in die Tageszeitungen zeigt, steigend an Bedeutung. Den bereits vorhandenen Schuhaustauschstellen werden bald weitere folgen. Es wird ferner nicht ausbleiben, daß auch andere Austauschgegenstände von einer Stelle erfaßt und ausgetauscht werden.

Die Kohlenversorgung ist befriedigend. Nur im Kreis Mies ist sie nicht ausreichend. Der Landrat bezeichnet diese Mangellage als die stimmungsmäßig größte Belastung seines Kreises. Er führt diesen Mangel auf die Anwesenheit von 4.000 Bombengeschädigten und darauf zurück, daß zahlreiche Landwirte überhaupt keinen Antrag auf Zuweisung von Kohle gestellt hätten, weil sie gewohnt gewesen seien, Holz zu verfeuern. Zum Teil hätten diese Landwirte noch bis vor kurzem so große Vorräte gehabt, daß sie mit einem Durchhalten während des Krieges hätten rechnen können. Auch das Zusatzkontingent von 9.600 t sei, so behauptet der Landrat, unzureichend und deshalb Hilfe dringend geboten. Im Kreise Bischofteinitz fehlt Schmiedekohle.

In Vertretung:

M. K. S.

Geheim!L a g e b e r i c h t

für den Monat J a n u a r 1944.

I. Politischer Teil.1.) Politische Lage im allgemeinen, Stimmung der Bevölkerung.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß in den kommenden Monaten das gewaltige Ringen seinem Höhepunkt zustrebt und zur Entscheidung drängt. Die augenblicklich im Osten tobenden sehr schweren Kämpfe und die Angriffe in Italien sind lediglich als das Vorspiel für den bevorstehenden Entscheidungskampf anzusehen, für die drohenden Invasionsversuche und auch die Maßnahmen deutscherseits. In Erwartung der kommenden Ereignisse befindet sich das deutsche Volk in einem Zustande stärkster Spannung und Erregung, mit brennender Ungeduld, aber nicht ohne Zuversicht sieht es der weiteren Entwicklung entgegen. Es weiß, worum es in diesem Kampf geht. Die Auslieferung Europas an Moskau durch die Vereinigten Staaten und England hat auch den einfachsten Volksgenossen davon überzeugt, welches Schicksal ihn im Falle eines Sieges der Feindmächte erwartet und daß nur die ungebrochene Abwehr der deutschen Wehrmacht und eine feste und geschlossene Heimatfront den Ansturm der Feinde niederzwingen können. Daher wird es in seinen gesunden Teilen auch künftig höchsten Anforderungen gewachsen sein und sich wie bisher bewähren. Dabei kann die augenblickliche Stimmung, das muß offen ausgesprochen werden, keineswegs als gut bezeichnet werden. Das Abflauen der Stimmung ist aber weniger auf die allgemeinen Erschwernisse und Belastungen, die der Krieg mit sich bringt und die naturgemäß jeden einzelnen bedrücken, zurückzuführen, sondern im wesentlichen darauf, daß das deutsche Volk über den Verlauf des Krieges in den vergangenen Monaten enttäuscht ist. Rückschläge im Auf und Ab des Krieges vermag ein sich seiner Stärke bewußtes und im Kriege erhärtetes Volk wie das deutsche wohl zu ertragen, aber Unzufriedenheit und in manchen Kreisen auch eine gewisse Unsicherheit hat es hervorgerufen, daß seit vielen Monaten der feindliche Bombenterror ungehemmt über Deutschland rasen kann, daß eine blühende Stadt nach der anderen in Schutt und Asche sinkt, ohne daß die so oft angekündigte Vergeltung einsetzte. Angesichts der allgemeinen Zuspitzung der Lage ist es daher auch in erster Linie die Frage der Vergeltung, die das Volk in höchstem Maße bewegt, da man sich von der Wirkung der Vergeltungswaffe nach den erfolgten Ankündigungen die Entscheidung des Krieges verspricht.

Wie stark sich das deutsche Volk mit dieser Frage beschäftigt und inwieweit sich seine erregte Fantasie in Erwartung des Vergeltungsschlages versteigt, mag daraus ersehen werden, daß es nach den Berichten eines Landrats und Oberbürgermeisters tatsächlich Volksgenossen gab, die glaubten, in der vor einigen Wochen eingeleiteten Bildaktion "Grauer Schatten mit Fragezeichen" eine Ankündigung der Vergeltungsmaßnahmen erblicken zu können. Wie der Landrat von Karlsbad berichtet, habe man aus dem Schattenbild unter dem

Motto

Motto "Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus" den unmittelbar bevorstehenden Angriff auf England abgeleitet und Sondermeldungen des Radios erwartet. Die Lösung des Rätsels habe dann allgemein Enttäuschung hervorgerufen.

Diese Auslegung der Bildpropaganda ist bezeichnend für die augenblickliche seelische Verfassung des deutschen Volkes; nichts kann besser illustrieren, wie stark die Frage der Vergeltung das deutsche Volk bewegt, das sich durch den Terror in seinem Stolz und auch in seiner Widerstandskraft getroffen fühlt und das Sühne verlangt für die zerstörten Städte und die ermordeten Frauen und Kinder.

2.) Partei und Gliederungen. -----

3.) Wehrmacht.

Der Jahrgang 1927 wird in diesen Tagen gemustert. Der körperliche Zustand der Dienstpflichtigen ist nicht gut. Im Kreise Preßnitz mußte ein größerer Teil der Dienstpflichtigen wegen Unterernährung auf 1 - 2 Jahre zurückgestellt werden; es waren 56 % kv, 40 % zeitlich untauglich, 1 % av und 3 % wu. Im Kreise Saaz waren etwa 40 % kv. Die Musterung der 16-17 jährigen wird vielfach als ein bedenkliches Zeichen angesehen.

Die Stimmung der Fronturlauber, die sich lobend über ihre Ausrüstung, Verpflegung und die bei den Einheiten herrschende Kameradschaft aussprechen, wird durchweg als gut bezeichnet; natürlich äußern auch sie den Wunsch, bald in normale Verhältnisse zurückzukehren. Kritisiert wird immer wieder sowohl von Fronturlaubern als auch von der Bevölkerung, daß immer noch jüngere Jahrgänge sich bei den Dienststellen in der Heimat und in den besetzten Gebieten befinden.

Ein am 2.1. zwischen den Gemeinden Blattnitz und Steinaujezd im Kreise Mies abgestürztes deutsches Flugzeug wurde von einer in der Nähe liegenden Scheinwerferabteilung so mangelhaft bewacht und abgesperrt, daß die Bevölkerung Zutritt zu der Absturzstelle hatte und umherliegende MG- und Bordkanonenmunition an sich bringen konnte. Um die damit verbundenen Gefahren zu vermeiden, ist es notwendig, daß die Überwachung schärfer gehandhabt und umherliegende Munition unverzüglich gesammelt wird.

4.) Polizei.

Im Regierungsbezirk wurde wieder eine Anzahl feindlicher Flugblätter aufgefunden, die aus Flugzeugen abgeworfen worden waren. Unter ihnen hat das Flugblatt "Luftpost", London, am 17.12.1943, mit der Überschrift "Angriffe von Osten, Westen und Süden", das auf der Vorderseite eine Abbildung der Teheraner Konferenzteilnehmer enthält, weite Verbreitung gefunden. Neuerdings wurde im Kreise Tepl noch das Flugblatt "Luftpost" vom 15.1.1944 mit Überschrift auf der ersten Seite "Nur noch 380 km" aufgefunden. Die Flugblätter bedeuten in ihrer geschickten und scheinbar sachlichen Darstellungsweise für unkritische Leser eine große Gefahr. Das zweite Flugblatt enthält u.a. auch Ausführungen über die angebliche deutsche

Vergeltungswaffe.

Vergeltungswaffe. Auch wurden gefälschte Lebensmittelmarken abgeworfen. Zwei Personen aus dem Kreise Tepl, die den Versuch unternommen hatten, diese Lebensmittelreisemarken zur Einlösung zu bringen, wurden in einem Verfahren vor dem Sondergericht beim Landgericht in Eger zu Zuchthausstrafen verurteilt.

Die in der Presse wiederholt aufgenommenen Hinweise auf die Bestimmungen über den Grenzübertritt nach dem Protektorat haben nach den Erfahrungen, die im Kreise Mies auf der Reichsbahnstrecke Stuttgart-Prag gemacht werden, noch zu keinem Erfolg geführt. Immer wieder werden Reisende ohne Durchlaßschein angetroffen. Reichsbahnbedienstete hatten zwar Freikarten der Reichsbahn für die Urlaubsreise in das Protektorat, aber ebenfalls keine Durchlaßscheine. Es wird von den Reisenden immer wieder angegeben, es sei ihnen von ihren Heimatpolizeibehörden erklärt worden, daß Kennkarten oder Urlaubsscheine ausreichende Grenzübertrittsausweise seien. In vielen Fällen mußten die Reisenden zurückreisen.

5.) Tschechische Volksgruppe.

Trotz aller Zurückhaltung, deren sich die Tschechen nach wie vor befleißigen, ist doch festzustellen, daß sie die Entwicklung des Krieges mit steigender Zuversicht verfolgen. Wie ein Landrat berichtet, haben sich auf Grund der Nachrichten über die Tätigkeit Benesch's zwei Gruppen gebildet; ein Teil, der die Niederkämpfung des Reiches und Wiedererrichtung der Tschechoslowakei mit Hilfe des Bolschewismus erhofft, und der andere Teil, der ebenfalls gegen Deutschland eingestellt ist, aber vom Kommunismus nichts wissen will.

Die Disziplin der zur Arbeit im Regierungsbezirk eingesetzten Tschechen hat sich in der letzten Zeit gebessert. Sie verhalten sich ruhig, sind fleißig und kehren pünktlich vom Urlaub zurück. In den Metallwerken in Holleischen spricht man sich über die Arbeitsleistung der Tschechen lobend aus.

Über die Auswirkungen der Grenzsicherungsverordnung äußert sich der Landrat von Mies folgendermaßen: "Daß die Tschechen keinen Grund käuflich im Reichsgebiet erwerben können, ist ihnen schließlich verständlich. Daß sie aber einen Familienbesitz, der sich bereits seit Jahrzehnten in ihrem Eigentum befindet, nicht behalten dürfen, macht sie stutzig. Sie ersehen daraus, daß sie auch bei loyalstem Verhalten nicht damit rechnen können, ihren Besitz zu behalten. Ich bin der Anschauung, daß diese Praxis sich z.Zt. für die Leistung und für die Haltung abträglich auswirken muß. Die Tschechenfrage wird nach Beendigung des Krieges eine generelle Lösung finden. Dieselbe wird sich auch auf die Besitzverhältnisse erstrecken. Es könnte daher m.E. bei den Tschechen, gegen die ansonsten nichts vorliegt, und die ihre Arbeitspflicht sehr oft in Rüstungsbetrieben gewissenhaft erfüllen, von dieser Nadelstichpolitik Abstand genommen werden. Ich bitte, diese Frage an höherer Stelle vorzubringen und eine Entscheidung herbeizuführen."

Zu der Übernahme tschechischen Grundbesitzes in Treuhandverwaltung berichtet der Landrat in Podersam folgendes: "Eine Aussprache mit der Dienststelle des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums in Fulnek erscheint unerlässlich notwendig, damit endlich einmal Klarheit darüber geschaffen wird, ob nach den bisher gemachten Erfahrungen die Übernahme tschechischer Anwesen in Treuhandverwaltung fortgesetzt werden soll oder nicht. Ich halte die

weitere

II. Verwaltungsangelegenheiten.

1.) Allgemeine Verwaltungsfragen, Zusammenarbeit mit Partei, Behörden und Organisationen.

2.) Verwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Die erweiterte Heranziehung der noch in der Heimat verbliebenen Volksgenossen zu verschiedenen Funktionen (Landwacht, Feuerwehr usw.) führt zu immer größeren Schwierigkeiten. Die Fälle, wo ein Mann 6 oder 7 Funktionen neben seinem eigentlichen Beruf versehen soll, sind nicht selten. Es ist daher kaum mehr möglich, für die Gemeindeverwaltung ehrenamtlich Tätige zu finden. Es mehren sich im Gegenteil die Fälle, wo ehrenamtliche Bürgermeister wegen Überlastung die Enthebung von ihrem Amte beantragen.

3.) Verkehrswesen.

Die der Stadt Eger zugeteilte Treibgasmenge betrug im Juli 1941 22.143 kg, im Januar 1944 13.596 kg; die Zahl der Fahrzeuge mit Treibgasantrieb ist dabei von 56 auf 62 gestiegen. Ähnlich sind die Zuteilungen der anderen Kraftstoffe gesunken. Gleiche Verhältnisse liegen wohl in sämtlichen anderen Kreisen vor. Dazu kommen noch die weiteren verkehrsbeeinträchtigenden Umstände, wie übermäßige Abnutzung, Mangel an Ersatzteilen, Reifen, Kraftfahrern und dadurch Ausfälle von Fahrzeugen. Daß infolgedessen stellen- und tageweise auch die notwendigsten Transporte unterbleiben müssen, daß auch berufstätige Wochenkarteninhaber bei Benutzung von Autobussen Schwierigkeiten haben, besonders nach dem Wegfall von Anhängewagen und nach Fahrplaneinschränkungen auf einzelnen Strecken, ist nicht zu vermeiden.

Mangels genügenden Kraftstoffs konnten die Kohlensonderkontingente, die im Landabsatz bis Ende Dezember abzufahren waren, trotz allem Bemühen auch im Januar nicht abtransportiert werden. Die Stadt Eger benötigt hierfür angeblich zusätzlich noch 1000 Flaschen Treibgas.

Schneefälle haben nur im Gebirge zu stärkeren Verkehrsstörungen geführt. In der Hauptsache mußten die Straßen durch pferdebespannte Schneepflüge und Handarbeit freigelegt werden. Die motorisierten Straßenpflüge konnten nur beschränkt eingesetzt werden, weil für sie nicht genügend Kraftstoff zur Verfügung gestellt werden konnte.

Im Weihnachtsreiseverkehr hat die Polizeiverwaltung Eger von 1400 Anträgen 593, darunter 274 für Schüler und Lehrlinge, genehmigt.

4.) Fürsorgewesen. -----

5.) Schulwesen.

a) Volks- und Hauptschulen.

Der Personalstand zeigt folgendes Bild:

Krankenerurlaub

Krankenurlaub:	86
Mutterschaftsurlaub:	32
Unbezahlter Urlaub:	14
Einberufungen zum Wehrdienst:	1210.

Die außerschulische Tätigkeit der Lehrpersonen wird in Vollzug des Runderlasses des RMfWEV. vom 3.7.1943 (MinBl WEV. S.226) überprüft. Viele Lehrkräfte sind mit Nebentätigkeiten überlastet. Ein Hauptlehrer in Stolzenhain z.B., der ständig eine 2. Lehrkraft und manchmal sogar noch eine weitere Lehrkraft zu vertreten hat, ist Standesbeamter, NSV-Ortsgruppenleiter, Jugendhilfesachbearbeiter, Ortsbeauftragter für das WHW, Landwachtpostenführer, Kameradschaftsführer der Kriegerkameradschaft, SA-Rottenführer und Sachbearbeiter der Volkskartei. Ein Lehrer in Kotieschau war Ortsgruppenamtsleiter der NSV, Kassenwaller der NSV, Luftschutzlehrer in Jechnitz und Kotieschau, Lehrer für Kartenkunde und Terrainlehre beim NSKK-Sturm, Verbindungsreferent für die Zellen Kotieschau und Wedl der Ortsgruppe Jechnitz, Hilfskraft bei der Gemeindekassenverwaltung in Kotieschau, Beauftragter für Presse und Rundfunk in der Ortsgruppe Muckhof, Revisor der NSKOV, Kameradschaft Jechnitz, Beauftragter für Presse im NSKK-Sturm und Beauftragter für die Waldbeobachtung in Kotieschau. Ein Rektor in Königsberg a.d.E. vertritt als 1. Beigeordneter den nach Kuttenberg abgeordneten hauptamtlichen Bürgermeister mit einem Zeitaufwand von 36 Stunden wöchentlich. Auch in anderen Gemeinden sind Lehrer mit der Wahrnehmung der Bürgermeistergeschäfte betraut und deshalb überlastet. Die angeführten Beispiele zeigen, wie notwendig eine Überprüfung der Nebentätigkeiten ist, selbst wenn es sich um nichtgenehmigungspflichtige Nebentätigkeiten handelt.

Die Inanspruchnahme der Schulhäuser für schulfremde Zwecke nimmt ebenfalls einen weiteren Umfang an. Leider besteht noch viel zu wenig Verständnis dafür, daß die Schule nur der Schule und nicht auch allen möglichen anderen Zwecken dienen soll. In einer Schule ist z.B. die Viehwage untergebracht, in einer anderen wurde eine Milchsammelstelle eröffnet. In einer Hauptschule wurden Kellerräume für Kriegsgefangene zur Verfügung gestellt.

Die Reinigung der Schulräume stößt trotz des Runderlasses des RMfWEV. vom 29.9.1943 (MBLWEV. S.323) in vielen Gemeinden, namentlich in den ländlichen auf größte Schwierigkeiten. Wegen Mangels an Reinigungsmitteln drohen die Reinigungsfrauen nicht selten mit der Niederlegung der Arbeit. In zahlreichen Gemeinden findet sich niemand bereit, die Reinigungsarbeiten in den Schulhäusern zu übernehmen, sodaß die Ehefrauen der Schulleiter diese Arbeiten besorgen müssen.

b) Berufsbildende Schulen.

Im Vorjahr wurde die Unterklasse der Landwirtschaftsschulen mit Ausnahme der in Saaz mit einem Kurzlehrgang der Oberklasse weitergeführt. Im laufenden Schuljahr führen die Landwirtschaftsschulen daher nur die Unterklasse. Nur in Saaz besteht auch eine Oberklasse. 4 Mädchenabteilungen bestehen wie im Vorjahr in Eger und Luditz mit Winter- und Sommerkurs.

Die Landfrauenschule samt Vorbereitungslehrgang sowie

die

die Höhere Landwirtschaftsschule in Kaaden führen den Unterricht regelrecht weiter.

Die Bauschule für Wasserwirtschaft und Kulturtechnik in Eger hat wegen Mangels Äterer Studierender nur die Vorklasse und 2 Jahrgänge.

Übersicht über die Landwirtschaftlichen Berufsschulen:

- a) für Jungen: 91 Schulen (im Vorjahr 95) mit 95 Klassen (im Vorjahr 102) und 1736 Schülern (im Vorjahr 1934),
- b) für Mädchen: 115 Schulen (im Vorjahr 119) mit 172 Klassen (im Vorjahr 180) und 3917 Schülerinnen (im Vorjahr 4192).

Der Rückgang ist auf den geringeren Nachwuchs zurückzuführen. Die 3 gartenbaulichen Berufsschulen haben wie im Vorjahre 6 Klassen mit 112 Schülern (im Vorjahr 116) und 13 Schülerinnen (im Vorjahr 9).

6.) Gesundheitswesen.

In der Berichtszeit haben die Erkrankungen an Diphtherie und Scharlach gegenüber dem Vormonat etwas abgenommen. Im übrigen sind in gesundheitlicher Hinsicht keine bemerkenswerten Vorkommnisse aufgetreten.

7.) Veterinärwesen.

Die ansteckende Schweinelähme ist im Kreise Bischofteinitz stark abgeflaut und auch im Kreise Mies kam es nur noch zu vereinzelt Seuchenausbrüchen. Erstmalig wurde im Bezirk die Hühnerpest in 2 Gehöften einer Gemeinde des Kreises Mies festgestellt. Im allgemeinen ist der Stand der Tierseuchen sonst günstig.

Die Notschlachtungen, häufig verursacht durch Tuberkulose und Knochenweiche, haben in letzter Zeit zugenommen. Die Auswirkungen des Futtermangels, Unzulänglichkeiten in der Haltung und Pflege der Tiere machen sich bemerkbar. Bei den auf die Schlachtviehmärkte aufgetriebenen Tieren fällt der überwiegend geringe Nährzustand besonders auf. Leider häufen sich auch die Transportschäden, die meist durch zu lange Dauer der Transporte bedingt sind. So trafen innerhalb von 14 Tagen allein in Karlsbad mit der Bahn 10 Schweine tot ein. Bei einem anderen Transport von 39 Schweinen aus Westpreußen waren 33 verendet. Hier besteht der Verdacht der Sabotage; die Erhebungen hierüber sind noch im Gange.

Die Tierkörperbeseitigungsanstalt in Podersam ist bis auf den Schornstein, dessen Teilstücke jetzt geliefert wurden, im Rohbau fertiggestellt. Wenn in der Anlieferung der Maschinen keine Verzögerung eintritt, kann die Anstalt voraussichtlich im Monat Mai in Betrieb genommen werden.

In der Erledigung des amtstierärztlichen Dienstes in den Kreisen Asch, Eger und Marienbad sind infolge unzureichender Benzinzuteilung an den Regierungsveterinärerrat in Eger Zustände eingetreten, die nicht mehr verantwortet werden können. Der Amtstierarzt ist nicht mehr in der Lage, veterinärpolizeiliche Feststellungen an Ort und Stelle zu treffen und die Ergänzungsfleischschau durchzuführen. Meine Bemühungen, eine Änderung dieses Zustandes durch erhöhte Benzinzuteilung zu erreichen, blieben bisher ohne Erfolg.

8.) Bauwesen.

Die Lage im Bauwesen hat sich gegenüber den Vormonaten nicht geändert.

Im Monat Dezember 1943 wurden im Regierungsbezirk 167 Bauvorhaben (im Vormonat 146) genehmigt. Die genehmigten Bauvorhaben entfallen auf nachstehende Baugruppen:

1.)	Wohnungsneubauten	---
2.)	Wohnungsum- und -erweiterungsbauten	65
3.)	Landwirtschaftliche Neubauten (Scheunen, Ställe und Schuppen)	62
4.)	Landwirtschaftliche Umbauten	13
5.)	Gewerbliche Neubauten	9
6.)	Gewerbliche Umbauten	18

Insgesamt im Dezember 167 Bauvorhaben genehmigt.

9.) Fremdenverkehr, Kurorte. -----

10.) Vermessungswesen. -----

III. Wirtschaftlicher Teil.

1.) Industrie, Handel und Gewerbe.

Die Lage in Industrie, Handel und Handwerk ist im allgemeinen unverändert.

Während die Versorgung mit Industriekohle anhaltend gut ist, hat sich die Zuteilung von Rohmaterialien fast überall in zunehmendem Maße verschlechtert; dies gilt insbesondere von der Textilindustrie. Auch die Versorgung der Industrie, vor allem auch des Kohlenbergbaues, mit Hilfsgeräten stößt oft auf die größten Schwierigkeiten.

Die überall betriebene Ausweitung der Industrie ist infolge Fehlens der zur Durchführung erforderlichen Arbeitskräfte gehemmt. Die kürzliche Auskämmung der Betriebe durch die Arbeitsämter macht sich umso mehr bemerkbar, als auch der Zustrom von Ausländern aufgehört hat und ein Ersatz durch Frauenarbeit keineswegs die erhoffte Wirkung erreicht. Es wird sogar hin und wieder von einem unverantwortlichen Verhalten der zur Arbeit verpflichteten Frauen berichtet. Im übrigen ist aber über die Arbeitsmoral nicht zu klagen, weder bei deutschen, noch bei ausländischen Arbeitern.

Die Unterbringung der anlässlich der Verlegung von Industriebetrieben in den Sudetengau von auswärts herangezogenen oder mitgebrachten Arbeitskräfte bereitet Schwierigkeiten, zumal die schon vorhandenen Arbeitskräfte nicht zufriedenstellend untergebracht sind. Der Mangel an den für die Umstellungsarbeiten notwendigen Handwerkern, insbesondere an Schlossern und Tischlern, wirkt sich sehr hemmend aus.

Im Kohlenbergbau ist eine Steigerung der Produktion zu berichten.

2.) Land- und Forstwirtschaft.

In den größeren landwirtschaftlichen Betrieben sind durch den Abgang der slowakischen Arbeiter Lücken entstanden, die bisher nicht geschlossen werden konnten, weil die in Aussicht gestellten Ostarbeiter noch nicht eingetroffen sind. Infolgedessen fehlt es an Viehpflegerern und Gespannführern. Die bereits im letzten Lagebericht ausgesprochene Befürchtung, daß die slowakischen Arbeiter im kommenden Frühjahr nur in geringerer Anzahl zur Verfügung stehen würden, hat sich als begründet erwiesen. Es sollen nur 75 % der benötigten slowakischen Arbeitskräfte vermittelt werden können. Einen Ausweg erblickt die Bauernschaft darin, daß die einheimische Bevölkerung stärker zu den landwirtschaftlichen Arbeiten herangezogen wird, insbesondere Soldatenfrauen mit 1 oder 2 Kindern, die sich meist von der Arbeit fernhalten, obwohl sie früher in der Landwirtschaft beschäftigt waren. Es entsteht jetzt auch die Frage der Betreuung der neugeborenen fremdvölkischen Kinder. Im Landkreis Mies z.B. befinden sich auf den Bauernhöfen insgesamt 60 solche Kleinkinder. Es wird dort erwogen, ein Heim für diese Kinder einzurichten.

Die Milcherzeugung geht infolge Futtermangels stark zurück.

Der Mangel an jungen, leistungsfähigen Pferden ist sehr fühlbar; die vorhandenen Pferde sind zum größten Teil überaltert.

Die Holzabfuhr hat in verstärktem Maße eingesetzt und ist befriedigend. Damit aber keine Störung eintritt, ist es notwendig, den Mangel an Hufbeschlag zu beheben. In den Katastrophengebieten sind noch Bruchbestände aus den Jahren 1938 und 1939 aufzuarbeiten. Dieses Holz ist zum größten Teil verfault und kann daher nur als Brennholz verwendet werden. Ein Mangel an Arbeitskräften besteht in diesem Jahre in der Forstwirtschaft im allgemeinen nicht, weil aus der Landwirtschaft und aus anderen Wirtschaftszweigen Arbeiter herangezogen wurden.

Aus einem Bericht des Landrats in Kaaden geht hervor, daß sich bei der Verwertung des bisher von der Deutschen Ansiedlungsgesellschaft verwalteten jüdischen landwirtschaftlichen Besitzes Schwierigkeiten ergeben können, weil sich der Vermögensstand im Laufe der treuhänderischen Verwaltung wesentlich verschlechtert hat. Es handelt sich um das jüdische Gut Kirchleshof, das der Kreis Kaaden als Schulgut übernehmen will. Das Gut hat ein Ausmaß von 81 ha und einen Einheitswert von 153.120,- RM. Die Deutsche Ansiedlungsgesellschaft berechnet für die Verwaltung einen Betrag von 46.700,- RM an Verwaltungskosten. Ursprünglich schien es möglich, das Gut zum Schätzwert zu übernehmen; die Gläubiger hätten nur auf Zinsen verzichten müssen. Dadurch aber, daß die Verwaltungskosten der Deutschen Ansiedlungsgesellschaft in der angeführten Höhe als weitere Schuld hinzukommen, wird die Zwangsversteigerung notwendig werden, wobei die alten Gläubiger, falls die Forderung der Deutschen Ansiedlungsgesellschaft als bevorrechtigt behandelt werden muß, beträchtliche Einbußen an Kapital erleiden werden.

3.) Preisbildung und Preisüberwachung:

Die Regelung der Preise für Ferkel und Läufer und für weibliche Zuchtrinder ist zweckmäßig. Durch sie ist eine lang andauernde

Unsicherheit

Unsicherheit auf diesem Gebiet beseitigt worden. Über Erfahrungen kann noch nicht berichtet werden.

Überprüfungen der Preisgebarung beim Verkauf von Weihnachtsbäumen gaben im allgemeinen keinen Anlaß zum Einschreiten. Allerdings ist festgestellt worden, daß die Anordnung, auf jedem Verkaufsstand einzelne Musterbäume, mit Preisauszeichnungen versehen, aufzustellen, nicht allgemein beachtet worden ist. Offenbar ist dies darauf zurückzuführen, daß die Käufer den Händlern die Bäume bei deren Ankunft am Verkaufsort sofort aus den Händen gerissen haben.

Die Nachprüfungen der Preise für Spielwaren, soweit sie noch in den Spielwarengeschäften zu verkaufen waren, haben gleichfalls zu Bemängelungen keinen Anlaß gegeben. Die im vorigen Jahre erhobenen Klagen über die hohen Preise für die von der HJ, von Lazaretten usw. gebastelten Spielzeuge sind in diesem Jahre nicht wiederholt worden.

In letzter Zeit mehren sich wieder die Klagen über minderwertige und zu teure Protektoratswaren. Von Fall zu Fall ist die Oberste Preisbehörde in Prag gebeten worden, die Preise denen im Reich anzugleichen.

Die Einrichtung einer Gutachterstelle in Karlsbad unter Beteiligung von Mitgliedern der Preisüberwachungsstelle ist eingeleitet worden. Die Einreichung einer Liste von Schätzmännern durch die zuständigen Wirtschaftsgruppen ist in Kürze zu erwarten. Tauschstellen, die zweifellos auch im Interesse der Einhaltung der Preisdisziplin gelegen wären, sind im Regierungsbezirk noch nicht eingerichtet worden.

Vereinzelt haben Frachtunternehmer Klagen vorgetragen, daß sie mit den auf Grund der Anordnung des Herrn Reichsstatthalters im Sudetengau -Preisbildungsstelle - in Reichenberg vom 3.11.1943 festgesetzten Preisen nicht auskommen, weil sie angeblich durch Reparaturen für Schmiede- und Sattlerarbeiten zu stark belastet seien. Die Frage wird geprüft werden.

Die Klagen über Doppelgleisigkeit bei Schätzungen von zur Versteigerung gelangenden Grundstücken sind weiter aufgetreten (vgl. Lagebericht für Oktober 1943). Eine Regelung erscheint dringend geboten.

Die Einziehung der Mehrerlöse wird auf Grund des hierzu ergangenen Rundclasses Nr. 66/43 weiter durchgeführt. Im 3. Vierteljahr 1943 sind durch die Preisüberwachungsstelle und die Preisbehörden 282.115,82 RM an Mehrerlösen eingezogen worden.

4.) Wohnungs- und Siedlungswesen.

Über die herrschende Wohnungsnot gibt eine Aufstellung der Stadt Graßlitz ein anschauliches Bild:

41 % der Bevölkerung sind dort in Einraum-, 37 % in Zweiraum-, 10 % in Dreiraum- und 12 % in Mehrraumwohnungen untergebracht. Das Bild wird noch schlechter, wenn berücksichtigt wird, daß ein großer Teil dieser Wohnungen naß und feucht sind, weil sie zum Teil schlecht gebaut, zum Teil tief im Erdreich oder im Felsen stehen.

Wie wenig die sozialen Absichten der Wohnraumlenkung auch in Kreisen verstanden werden, bei denen man dies voraus

setzen

setzen sollte, erläutern einige Beispiele aus den Kreisen Kaaden-Preßnitz.

In Kaaden waren in einem Hause zwei Wohnungen frei geworden. Eine von ihnen wurde von einer Familie mit fünf Kindern besetzt. Für die zweite Wohnung war eine Kriegerwitwe mit 3 Kindern vorgesehen. Der Ortsgruppenleiter versuchte unter Hinweis darauf, daß sonst dieses Haus zu einer Mietskaserne werde, zu erreichen, daß die zweite Wohnung einem jungen Gerichtsassessor mit einem Kind von einem halben Jahr zugewiesen würde, der Unterkunftsmöglichkeit sowohl bei seinem Vater wie bei seinen Schwiegereltern finden konnte.

In Weipert sträubte sich der Leiter der Ortskrankenkasse, eine im Gebäude der Ortskrankenkasse freigewordene Wohnung einer Familie mit 7 Kindern zu geben, da er, wie er sich ausdrückte, es nicht verantworten könne, daß das Gebäude durch diese hohe Kinderzahl zu stark abgenutzt würde. Er vermietete die Wohnung, ohne sich um die gesetzlichen Bestimmungen zu kümmern, an ein älteres Ehepaar, dessen Sohn bei der Wehrmacht ist. Dieses Ehepaar fand die Unterstützung des Ortsgruppenleiters und der Frauenschaft und bezog die Wohnung auch, die jedoch dann wieder geräumt werden mußte.

In Duppau hat bei der Besprechung der Unterbringung eines Bombengeschädigten in der Stadt Duppau der Ortsgruppenleiter-Stellvertreter sich dagegen verwahrt, daß weitere Bombengeschädigte in der Stadt Duppau untergebracht würden. Dabei handelte es sich in diesem Falle um die Unterbringung eines total Bombengeschädigten aus Leipzig, von dem bereits zwei Söhne an der Front gefallen sind.

Alle diese Fälle sind mit Unterstützung des Kreisleiters im Sinne der Wohnraumlenkung geregelt worden.

Von den an der Protektoratsgrenze gelegenen Gemeinden kommen immer wieder Klagen darüber, daß zahlreiche Wohnungen noch immer im Besitz von Zollbeamten seien. Diese Zollbeamten sind nach Aufhebung der Zollgrenze versetzt, meist wohnen ihre Familien auch gar nicht mehr in den Wohnungen und diese dienen lediglich zur Aufbewahrung der Möbel. Da diese Verhältnisse vermutlich im ganzen Gau an der Protektoratsgrenze ähnlich sind, wäre es empfehlenswert, wenn diese Angelegenheit mit der Reichsfinanzverwaltung abgesprochen würde.

5.) Gewerbeaufsicht. -----

6.) Versorgung.

Die Versorgung der Bevölkerung mit markengebundenen Lebensmitteln war auch im Januar ausreichend. Sehr günstig haben sich stimmungsmäßig die Sonderzuteilungen zu Weihnachten ausgewirkt. In vereinzelten Gemeinden konnte allerdings infolge der Transport-schwierigkeiten der Weihnachts-Trinkbranntwein bis jetzt noch nicht ausgegeben werden.

Unzufriedenheit löste die in allen Kreisen festgestellte überaus schlechte Gemüseversorgung aus. Verwunderung erregt, daß nicht einmal Sauerkraut zu haben ist. Die Kartoffelversorgung ist bis auf den Stadtkreis Karlsbad einigermaßen zufriedenstellend. Allerdings weisen einige Landräte darauf hin, daß binnen kurzem die Kartoffelvorräte aufgebraucht sein werden, da wegen Verderbs und wegen des Mangels an Gemüse der Kartoffelverbrauch sehr groß ist. Außerdem ist die Bevölkerung der festen Überzeugung, daß Kartoffeln bald wieder in erhöhtem Maße auf dem Markte erscheinen werden. Falls

keine

keine weiteren Zuteilungen erfolgen können, ist es unbedingt erforderlich, die Bevölkerung immer wieder in geeigneter Weise auf sparsamsten Verbrauch und sorgfältige Überwachung der Bestände hinzuweisen. Im übrigen kann die Stadt Karlsbad auf die Gaststättenkartoffelkarten bis auf weiteres noch nicht verzichten, da bei Fortfall der Karte damit zu rechnen ist, daß die einheimische Bevölkerung trotz Einkellerung Kartoffeln in Gaststätten verzehrt. Angesichts dieser schlechten Kartoffel- und Gemüselage hält die Verstimmung darüber an, daß immer noch kein Verbot der Kleintierhaltung für solche Personen, die keine eigene Futterbasis haben, erlassen ist. Im Gau Thüringen müssen selbst Gutsbetriebe die Genehmigung zum Halten von Kleintieren haben. Soweit Trockengemüse, Koch- und Brotmehl, Frischmilch, Butter und Quark an die Letztverbraucher nicht rechtzeitig abgegeben werden konnten, lag es an den Transport-schwierigkeiten, da sich auch hier die Drosselung der Zuteilungen an Treibstoffen bemerkbar macht.

Die reichlichen Zuteilungen an Schweinefleisch werden begrüßt. Bei Hausschlachtungen fällt auf, daß vielfach Tiere von nur 70 bis 100 kg geschlachtet werden. Der Wildanfall ist gering. Zuteilungen von Fischen und Fischmarinaden sind im Januar nicht erfolgt.

Der Abwurf von Reise-Butter- und -Käsemarken in einigen Kreisen veranlaßte die Landräte von Podersam, Knaden und Saaz zu der Anordnung, daß bis auf weiteres nur von den zuständigen Ernährungsämtern abgestempelte Reise-Butter- und -Käsemarken vom Letztverteiler und von den Gastwirten angenommen werden dürften. Ganz abgesehen von der dadurch erwachsenen Mehrarbeit und der Verärgerung des reisenden Publikums dürften solche Maßnahmen nicht zweckentsprechend sein, da sich immer wieder Kaufleute und Gastwirte finden werden, die fahrlässig oder bewußt nicht auf das Erfordernis der Abstempelung achten; außerdem wird der Volksschädling bei Kenntnis dieser Anordnung die gefälschten Reisemarken anderweit unterbringen.

Immer stärker macht sich das Fehlen von Gesundheits-tee bemerkbar. Fast nicht mehr zu haben sind Kamillen- und Salbeitee. Dabei steht nach fachmännischem Urteil fest, daß es ein leichtes gewesen wäre, diesen Tee in ausreichendem Maße zu sammeln. Der Mangel ist einmal auf die geringe Entlohnung der Sammler und zum anderen darauf zurückzuführen, daß die Hitler-Jugend nicht richtig zum Sammeln eingesetzt wurde.

Der Mangel an gewissen bewirtschafteten Bedarfsartikeln und gewerblichen Erzeugnissen wird chronisch. Stimmungsmäßig wirkt sich dies insbesondere dort ungünstig aus, wo diese Mangellage bei Gründung neuer Haushalte oder bei Bombengeschädigten besonders stark in die Erscheinung tritt. In alten Haushalten bestehen zur Zeit immer noch Ausweichmöglichkeiten.

Kaum zu haben sind fast alle Spinnstoffsachen, Bett- und Unterwäsche und Schuhwerk. Die Wirtschaftsämter werden mit Anträgen auf Ausstellung von Bezugscheinen für diese Bedarfsartikel bestürmt. Vielfach kann aber der endlich erhaltene Bezugschein nicht verwertet werden. Die oft gehörte Behauptung, daß die Punkte der vierten Reichskleiderkarte nicht mehr eingelöst werden können, findet Glauben und beun-

ruhigt

ruhigt stark. Sehr verärgernd wirkt es, wenn Parteidienststellen sich einzuschalten suchen und den Betriebsführern mit Maßnahmen drohen, falls sie ihren fremdvölkischen Arbeitskräften nicht die dringend erforderlichen Kleidungsstücke, Unterwäsche und Schuhwerk verschaffen. Die Wirtschaftsämter kommen dadurch in Zwangslagen, die bisweilen nur so behoben werden können, daß die einheimische Bevölkerung hinter der fremdvölkischen zurücktreten muß.

Ferner fehlen Küchenherde, Möbel und Tränkeimer. Der Landrat von Luditz erbittet erneut Zuteilung von Material für Kleinstreparaturen, wie Nägel, Lötzinn, Kalk, Zement, Holz und Bretter. Der Landrat des Kreises Tachau beklagt sich über das Nichtetreffen von Besen und Bürstenwaren. Überall fehlen denen, die aus beruflichen Gründen oder infolge Alters auf bessere Nachtbeleuchtung angewiesen sind, die Taschenlampenbatterien, während der Jugend genügend zur Verfügung stehen. Das erragt immer wieder mit Recht größtes Argernis. Streichholzmangel herrscht im Kreise Neudek.

Bei dieser Sachlage taucht überall der Gedanke auf, Reparaturwerkstätten aller Art einzurichten. Im Regierungsbezirk sind bereits mehrere solcher Werkstätten im Betrieb, davon 2 größere: die Wäsche-Reparatur-Anstalt Gottschald & Co. in Neudek und die von der Kreishandwerkerschaft Falkenau eingerichtete Schneiderwerkstatt. Die bekannten Schuhwerkstätten der Firma Bata im Protektorat arbeiten zur vollen Zufriedenheit, können aber bei weitem nicht alle Reparaturen durchführen, sodaß z.B. im Falkenauer Kreis an die Errichtung einer Schuhwerkstätte gedacht wird. Auch der Austausch von Gegenständen gewinnt, wie ein Blick in die Tageszeitungen zeigt, steigend an Bedeutung. Den bereits vorhandenen Schuhaustauschstellen werden bald weitere folgen. Es wird ferner nicht ausbleiben, daß auch andere Austauschgegenstände von einer Stelle erfaßt und ausgetauscht werden.

Die Kohlenversorgung ist befriedigend. Nur im Kreis Mies ist sie nicht ausreichend. Der Landrat bezeichnet diese Mangellage als die stimmungsmäßig größte Belastung seines Kreises. Er führt diesen Mangel auf die Anwesenheit von 4.000 Bombengeschädigten und darauf zurück, daß zahlreiche Landwirte überhaupt keinen Antrag auf Zuweisung von Kohle gestellt hätten, weil sie gewohnt gewesen seien, Holz zu verfeuern. Zum Teil hätten diese Landwirte noch bis vor kurzem so große Vorräte gehabt, daß sie mit einem Durchhalten während des Krieges hätten rechnen können. Auch das Zusatzkontingent von 9.600 t sei, so behauptet der Landrat, unzureichend und deshalb Hilfe dringend geboten. Im Kreise Bischofteinitz fehlt Schmiedekohle.

In Vertretung:

M. K. S.

L a g e b e r i c h t**Geheim!**

des Regierungspräsidenten in Karlsbad

über den Monat M a i 1943.

I. Politischer Teil.1.) Politische Lage im allgemeinen, Stimmung der Bevölkerung.

Die augenblickliche militärische Lage wird vom deutschen Volke ernst beurteilt. Nach den großen Opfern an Menschen und Material durch den Verlust von Stalingrad und des Kaukasus im vergangenen Winter empfindet es die Aufgabe von Afrika als erneuten schweren Rückschlag. Voller Resignation muß es feststellen, daß sich deutsche Truppen auf dem letzten Außenposten in Afrika opfern mußten, weil der Nachschub an Truppen, Munition und Verpflegung infolge der Überlegenheit der Gegner zur See und in der Luft unzureichend blieb. Zwar hat es zur Kenntnis genommen, daß der deutsche Soldat durch seinen heldenhaften sechsmonatigen Widerstand in Tunis die strategischen Pläne des Gegners gestört hat, aber über diesen Erfolg der letzten Kampfepisode in Afrika hat es nicht vergessen, daß noch im vergangenen Jahr deutsche Truppen in der El Alamein-Stellung in Ägypten standen und den Suez-Kanal, die Schlagader des Empire, und den Nahen Osten ernstlich bedrohten. Es verschließt die Augen nicht vor der Tatsache, daß mit der Aufgabe von Afrika eine strategisch äußerst wichtige Position, um die fast 3 Jahre hart gekämpft wurde, verlorengegangen ist, und daß nunmehr in Afrika eine sehr starke feindliche Macht, die trotz der deutschen U-Boote zusammengezogen werden konnte, zum Angriff auf Europa bereitsteht. Es hat das beklemmende Gefühl, daß zum mindesten im Mittelmeerraum das Gesetz des Handelns auf die Gegner übergegangen ist, daß die Achse in die Defensive gedrängt ist und daß die Gegner bestimmen, an welcher Stelle dieses Kampfraumes die nächsten Kämpfe stattfinden werden. Das Ausbleiben der U-Booterfolge, mit denen nach den Auslassungen der Propaganda in dieser Jahreszeit bestimmt gerechnet werden konnte, bereitet eine weitere Enttäuschung

Hinzukommt, daß der Luftkrieg eine immer bedrohlichere Gestalt annimmt. Da die Terrorangriffe trotz der starken Verluste, die der Gegner erleidet, mit unverminderter Kraft anhalten und einer Stadt nach der anderen und ebenso auch ländlichen Bezirken schwerste Schäden zufügen, muß sich dem deutschen Volke das Gefühl aufdrängen, daß die deutsche Luftüberlegenheit Briten und Amerikanern gegenüber zur Zeit nicht mehr vorhanden ist, zumal die so oft angekündigte Vergeltung ausbleibt. Wenn auch in letzter Zeit die Abschußzahlen gestiegen sind, so weiß das deutsche Volk andererseits, daß die einzelnen Angriffe ungeheure Schäden verursacht haben.

Die

JF-41a/43g

Die Fliegerangriffe am 17.4. auf Wiesengrund und 14.5. auf Pilsen haben naturgemäß im Regierungsbezirk eine besondere Beunruhigung hervorgerufen. Bemerkenswert ist, daß bei dem Angriff auf Pilsen erstmalig ein Flugblatt des Gegners abgeworfen wurde (G 28), das sich mit dem Gaskrieg beschäftigt. Obwohl die Polizeikräfte durch umfassende Suchaktionen bemüht waren, dieses Flugblatt sicherzustellen, läßt es sich nie vermeiden, daß auch Flugblätter der Bevölkerung zugänglich werden. Da die Befürchtung besteht, daß sich die Terrorangriffe in der Gegend von Pilsen wiederholen, konnte in mehreren Gemeinden beobachtet werden, daß die Bewohner gegen Mitternacht ihre Wohnungen verlassen und sich ins Freie begeben. Da durch dieses Verhalten eine Gefährdung der Bevölkerung eintreten kann, ist eine Verfügung an die Landräte ergangen, durch die eine eingehende Aufklärung der Bevölkerung angeordnet wurde.

Schließlich hat die Kürzung der Fleischration auch nicht zur Belebung der Stimmung beigetragen. Es wurde in diesem Zusammenhang auf frühere Auslassungen hingewiesen, insbesondere auf die Ausführungen des Reichsmarschalls in seiner Rede am vorjährigen Erntedanktag, daß die Ernährungslage nur besser werden könne. Nunmehr löst es Enttäuschung aus, daß diese Zusicherung nicht eingehalten werden konnte. Außerdem ist damit zu rechnen, daß die Schmälerung der Ernährungsgrundlage ein weiteres Anwachsen des Schleichhandels zur Folge haben wird. Soweit nur möglich, wird weiterhin versucht werden, diesen Auswüchsen entgegenzutreten. Leider muß aber nach den bisherigen Erfahrungen festgestellt werden, daß ihnen mit polizeilichen Mitteln allein nicht beizukommen ist. Hier muß immer wieder, und jetzt noch in erhöhtem Umfange, die Erziehungsarbeit der Partei und Presse einsetzen. Auch die weitgehendsten Einschränkungen wird das deutsche Volk, dessen gesunde Teile den unbedingten Willen zum Durchhalten in uneingeschränktem Maße haben, auf sich nehmen, wenn es die Gewißheit hat, daß die Lasten gleichmäßig verteilt sind.

2.) Partei und Gliederungen.

Am 16.5. fanden in den Ortsgruppen anläßlich der Verteilung der Mütterehrenkreuze würdige Feiern statt.

In verschiedenen Kreisen werden regelmäßig Appelle der Politischen Leiter unter Hinzuziehung des Landrats, des Kreisbauernführers, des Leiters des Arbeitsamtes, der Bürgermeister und Ortsbauernführer abgehalten. Diese Besprechungen, in denen in der Regel der Landrat, der Leiter des Arbeitsamtes und der Kreisbauernführer ein Referat halten und der Kreisleiter allgemeine Hinweise erteilt, dürften sehr zweckmäßig sein, da sie geeignet sind, alle Faktoren des öffentlichen Lebens auf eine gemeinsame Linie auszurichten, sie über wichtige Fragen auf dem laufenden zu halten und so in die Lage zu versetzen, ihrerseits aufklärend und richtunggebend zu wirken und die vielfach auftauchenden Schwierigkeiten zu meistern.

Der Terrorangriff auf Wiesengrund stellte an die Partei und ihre Gliederungen höchste Anforderungen. Die NSV. hat sofort die Unterbringung und Verpflegung der Obdachlosen und später der Einsatzkräfte übernommen und diese Aufgabe gut gelöst. Auch die Frauenschaft und die HJ. haben sich bei den Hilfsmaßnahmen voll bewährt.

3.) Wehrmacht.

Im Berichtsmonat fand die Nachmusterung der Jahrgänge 1897-1900 statt. Die erfolgten Aufkündigungen der Uk-Stellungen und die Einberufungen hielten sich zwar in mäßigen Grenzen, verursachten aber bei verschiedenen Dienststellen fühlbare Ausfälle. Im Kreise Topl wurden 599 Wehrpflichtige gemustert. Davon erhielten 268 den Tauglichkeitsgrad kv, 117 gvH., 163 av. und 51 wurden ausgemustert. Die Einberufungen werden durchweg als eine Notwendigkeit anerkannt, weshalb im allgemeinen nichts dagegen eingewandt wird. Ärgeris dagegen erregt das Verbleiben jüngerer Jahrgänge in der Heimat. Auch wird immer wieder die Frage erörtert, daß nicht kriegsverwendungsfähige befähigte zivile Fachkräfte bei Wehrmachtsdienststellen mit geringwertigeren Arbeiten befaßt oder wenig beschäftigt sind.

Die Inanspruchnahme von Unterkünften für Wehrmachtzwecke hält fortgesetzt an. In Marienbad wurde für Lazarettzwecke ein stillgelegter Betrieb (Höhenkaffee "Egerländer") zur Verfügung gestellt. In Eger will die Wehrmacht das Hotel "Esplanade" als Tages- und Übernachtungsstätte für Wehrmichtsangehörige heranziehen, was zu großen Schwierigkeiten führen würde, da jetzt schon vielfach bis zu 50 Durchreisende kein Quartier finden können und die Nacht im Bahnhofswartesaal verbringen müssen.

4.) Polizei.

Der Sicherheitszustand im Regierungsbezirk ist als gut zu bezeichnen. Trotz der Abstellung der Jahrgänge 1901 und jünger an die Pol.-Formationen in den Einsatzgebieten ist die Zahl der Anzeigen, gebührenpflichtigen Verwarnungen und sonstigen Tätigkeitsnachweise der Ordnungspolizei nicht geringer geworden. Auch die schnelle Durchführung der Fahndungsmaßnahmen nach arbeitsflüchtigen ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen zeigt, daß die verbleibenden Kräfte der Polizei durchaus in der Lage sind, alle Aufgaben zu meistern.

Die gegenwärtige Dienststärke der aktiven Gendarmen und Gend.-Reserve beträgt z.Zt. 532 gegenüber einer Sollstärke von 749 Unterführern und Männern, das ist 71 %.

Die Zahl der im Regierungsbezirk beschäftigten ausländischen Arbeiter beträgt z.Zt. 31 500, die der Kriegsgefangenen 17 836. Eine besonders auffällige Fluchtbewegung ist im Vergleich zu den Vormonaten nicht festzustellen. Meist werden 50 - 80 % der geflüchteten ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen wieder ergriffen.

Das Verhalten der fremdvölkischen Kräfte an den Arbeitsplätzen gab im Berichtsmonat nur selten Anlaß zum Einschreiten. Es ist unverkennbar, daß mit den Ereignissen an den Fronten, insbesondere in Afrika, wieder eine gewisse Steigerung des passiven Widerstandes in Erscheinung getreten ist. In diesem Zusammenhang ist es beachtenswert, daß die Ukrainer, die nach außen bisher Abstand von den Sowjetrussen gehalten haben, neuerdings mit diesen in ein freundschaftliches Verhältnis kommen. Auf der anderen Seite haben sich die polnischen Arbeiter nach der Aufdeckung des Falles Katyn von den Sowjetrussen merklich zurückgezogen.

Die feuerlöschpolizeilichen Maßnahmen, insbesondere die Zusammenfassung einzelner Feuerwehren zu einsatzfähigen Formationen, hat die Schlagkraft erhöht. Es wird aber darüber Klage geführt,

daß

daß in der letzten Zeit zahlreiche Brände durch Funkenflug von Lokomotiven der Reichsbahn verursacht wurden. So entstanden an den Bahnstrecken Petschau-Tepl und Petschau-Theusing an einem Tage in den Waldungen der Domäne Petschau allein 11 Brände. Diese Domäne muß ihre gesamten Waldarbeiter und das Forstpersonal als Brandwachen verwenden, um nach Vorbeifahren der Züge sofort die Löscharbeiten in Angriff zu nehmen, darüber hinaus mußte mehrfach auch die Feuerwehr von Petschau angefordert werden. Auf die gleiche Brandursache sind die Brände von Müllestau, Gemeinde Habekladrau, Kreis Marienbad, und der Brand in Potscherad, Kreis Saaz, zurückzuführen. In Müllestau wurden von 30 Anwesen der Ortschaft 9 Bauernhöfe, eine kleinere Wirtschaft, die Gemeindegemeinschaft, das Gemeindegemeinschaftshaus und 3 kleinere Wohnhäuser mit den dazu gehörigen Wirtschaftsgebäuden, und zwar 10 Ställen, 6 Scheunen und 12 Schuppen, vollständig eingäschert. Infolge der schnellen Verbreitung des Feuers wurden auch fast alles Inventar und die Lebensmittelvorräte von den Flammen vernichtet. 16 Stück Rindvieh, 5 Schweine, 2 Ziegen und eine heute noch nicht festzustellende Zahl Federvieh sind mit verbrannt. 3 Menschen fanden den Tod durch Ersticken. In Potscherad gingen eine Scheune und ein Wagenschuppen durch Funkenflug beim Rangieren eines Güterzuges Feuer. Der starke Wind übertrug es auf ein benachbartes mit Stroh gedecktes Wohnhaus, eine Stallung und eine Scheune; alle Gebäude wurden eingäschert. Es entstand ein Schaden von schätzungsweise 120.000 RM.

Die Reichsbahndirektionen Dresden und Regensburg sind bereits aus Anlaß der vorjährigen Brandkatastrophen gebeten worden, Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen, daß durch Funkenflug solche Brände nicht mehr entstehen können, haben aber nach den diesjährigen Erfahrungen keine ausreichenden Maßnahmen zur Vorbeugung gegen diese Gefahren getroffen.

Die im Luftschutz tätigen Dienststellen entwickeln eine rege Tätigkeit. Man schenkt mehr als bisher dem Ausbau der Luftschutzräume, der Errichtung weiterer unabhängiger Löschwasserstellen und der Schulung der Bevölkerung im Luftschutz Beachtung. Die Dienststellen des Reichsluftschutzbundes sind sehr rege; auch die Wehrmacht hat in einzelnen Standorten sich als äußerst hilfsbereit erwiesen. In einigen Standorten sind besondere Hilfskommandos der Wehrmacht in Stärke von 1 Unteroffizier und 5 Mann bestimmt worden, die bereits bei Luftgefahr festgelegte Standplätze innerhalb des Stadtgebietes beziehen. Diese Hilfskommandos sind mit Schanzzeug ausgerüstet, um bei Bergung von Verschütteten usw. erfolgreich arbeiten zu können. Diese Lösung dürfte sich auch für andere gefährdete Bezirke als weitere Hilfsmaßnahme im Luftschutz empfehlen. Das Gleiche gilt im übrigen auch für die Standorte, in denen sich Abteilungen des Reichsarbeitsdienstes befinden. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß es zweckmäßig erscheint, Kräfte des Reichsarbeitsdienstes schon aus Gründen der Ausbildung in der Anlage von Splitterschutzgräben einzusetzen.

Die Bevölkerung des Regierungsbezirks ist z.Zt. für alle Luftschutzbestimmungen sehr aufgeschlossen. Dieser Umstand wird von allen Dienststellen dazu benutzt, alles bisher luftschutzmäßig Versäumte nachzuholen. Dies gilt insbesondere auch für die Durchführung der Verdunkelung, die immer noch Anlaß zur Vorlage von Anzeigen gibt. Allein in einer Stadt des Regierungsbezirks mußten im vergangenen Monat 43 Übertretungen festgestellt werden.

Nach dem Fliegerangriff auf Pilsen in der Nacht zum 14.5., bei dem auch bei Wollana, Kreis Mies, und Girsch, Kreis Tepl, einige Bomben fielen, wurden außer dem bereits erwähnten Flugblatt

G 28 "Gas" noch weitere Flugblätter, und zwar G 21 "Hitler-Strategie" und G 2 "Vzkaz z Londýna" aufgefunden.

Störballone wurden in den Kreisen Eger und Kaaden sichergestellt. Schäden sind nicht entstanden.

Der Nachwuchsfrage bei der Feuerwehr wird künftig besondere Förderung zuteil werden. In allen Luftschutzorten 2. und 3. Ordnung ist das Vorhandensein einer stärkeren Reserve an Feuerlöschkräften entscheidend für die Beseitigung von Luftschutzschäden, weil die Heranziehung der auswärtigen Reserven naturgemäß längere Zeit in Anspruch nimmt.

Über die Betreuung der Ostarbeiter - es handelt sich um die Gestaltung des Osterfestes - erhielt der Landrat von Kaaden Abschrift eines Schreibens der Firma Sumag in Klöstarle an das Arbeitsamt -Nebenstelle- in Kaaden, das ich im folgenden wörtlich wiedergabe:

"Am Karfreitag, den 23. April 1943, erhielten wir Ihr Rundschreiben vom 22. April 1943, aus dem zu ersehen ist, daß das Osterfest für die Ostarbeiter besonders ausgestaltet sein soll und zwar durch vorübergehende Einsparungen an Lebensmitteln usw. Gerne hätten wir Ihrem Wunsche entsprochen, wenn Sie 4 Wochen früher die Nachricht uns gegeben hätten, aber vom Karfreitag zum Ostersonntag war die Zeit zu kurz. Dazu kam die Nachricht von der Deutschen Arbeitsfront, daß am Ostersonntag für die Ostarbeiter eine Rundfunkübertragung in russischer Sprache durchgeführt wird, die allen zugänglich sein soll. Das wurde natürlich auch durchgeführt, doch schon bei der Ansprache wurden die Leute immer trauriger und fingen schließlich an zu weinen und erklärten uns dann, daß sie nunmehr aus dem Rundfunk gehört haben, daß es überall besser ist für die Ostarbeiter als bei uns, denn der Russe, der von Berlin aus gesprochen hat, hat ihnen erzählt, daß sie dort in Berlin mit Paketen beschenkt wurden, Eier, Semmeln oder Gebäck bekamen und Wurst und außerdem ein reiches Mittagessen mit Getränken sowie Zigaretten. In allen Lagern seien Besuche gestattet gewesen, Unterhaltungen fanden statt, Tänze, Spiele, Kino usw.

Wir konnten den Ostarbeitern darauf nur antworten, daß vielleicht diese Weisungen noch zu uns kommen, denn woher wir Eier, oder Weißmehl für Semmeln und Gebäck nehmen sollen, das wissen wir nicht, weil Ostarbeiter ja gar keinen Anspruch darauf haben.

Zigaretten oder Tabak konnten wir ihnen auch nicht geben, weil die Sonderzuteilungen auf die 300 gr Machorka für die Osterfeier uns erst am Donnerstag bekannt wurde, wir haben zwar sofort eingereicht, konnten aber bis heute noch nichts bekommen.

Über Unterhaltungen und Kino wollen wir gar nicht sprechen. Dazu kamen am 28. April die für die Ostarbeiter vorgesehenen Osterkarten durch die Deutsche Arbeitsfront 2 Stück zu 25 Pfennig, Wert = 5 Rpf. Das sind die Tatsachen, die wir zu Ostern erlebten. Wie eine Leistungssteigerung damit erzielt werden soll, darüber brauchen wir wohl auch nicht zu schreiben.

Am 28. April 1943 erhielten wir auch von der Gauverwaltung der Deutschen Arbeitsfront in Reichenberg den Monatsbrief mit der Anweisung für die Durchführung der Osterfeiertage im Ostlager.

Wir enthielten uns einer Kritik dieser Tatsachen, sondern überlassen es den Lesern selbst, sich ein Urteil zu bilden. Feststellen wollen wir jedenfalls nur, daß es auf solche Art den Betriebsführern außerordentlich schwer gemacht wird, die Menschen

zu Freunden des deutschen Volkes zu erziehen, da ist unser ganzes Bemühen vergeblich.

Wir bringen dies zur Kenntnis und geben eine Abschrift dieses Briefes gleichzeitig an die Deutsche Arbeitsfront, Kreisverwaltung Kaaden, an den Herrn Landrat in Kaaden und an das Rüstungskommando in Karlsbad. Eine Karte als Muster wird beigelegt."

Die Staatspolizeistelle Karlsbad und das Reichspropagandaamt Sudetenland in Reichenberg haben von dem Schreiben Kenntnis erhalten.

5.) Tschechische Volksgruppe.

In der Haltung der Tschechen hat sich nichts geändert. In ihrer Mehrzahl sind sie nach wie vor ablehnend dem Deutschtum gegenüber und erhoffen von dem Sieg der Achsengegner die Wiederherstellung eines selbständigen Staates.

Die Zahl der zur Arbeit im Regierungsbezirk eingesetzten Tschechen ist erheblich gestiegen. In den Städten treten sie besonders stark und unangenehm in Erscheinung. Sie bewegen sich abends in Trupps auf den Straßen und fallen dadurch der Bevölkerung sofort als Tschechen auf, daß sie sich laut und ungeniert in ihrer Muttersprache unterhalten. Die Bevölkerung fühlt sich durch den Aufenthalt zahlreicher Tschechen im Bezirk bedrückt, die Erinnerung an die Leiden der Kampfzeit ist noch zu wach. Sie nimmt Ärgernis daran, daß man aus der großen Zahl der im Reich beschäftigten fremdländischen Arbeiter ausgerechnet dem tschechischen Element, von dem sie sich durch die Befreiungstat des Führers endgültig gelöst glaubte, wieder ihre deutschen Städte und Dörfer geöffnet hat. Der Unwille darüber ist umso mehr berechtigt, als die Bestrebungen und die letzten Ziele des tschechischen Volkes genau bekannt sind. So bedeutet die Anwesenheit zahlreicher Tschechen im Bezirk psychologisch gesehen für die Bevölkerung eine Belastung, die man ihr in einer Zeit, die starke Nerven erfordert, nicht zumuten sollte.

In volkspolitischer Hinsicht ist das Einströmen des tschechischen Elements in den Sudetengau außerordentlich bedenklich, da auch polizeiliche Maßnahmen es nicht immer werden verhindern können, daß tschechisches Volkstum wieder in den Bezirk einsickert und unbemerkt allmählich eine tschechische Unterwanderung und Seßhaftmachung erfolgt. Außerdem birgt die Anwesenheit der Tschechen in der heutigen Zeit die Gefahr der ungünstigen Beeinflussung der übrigen fremdländischen Arbeiter, mit denen sie ständig Fühlung aufzunehmen versuchen, und so der Störung des Arbeitsfriedens, aber auch der Spionage in sich, da sich die Verbindung zum nahen Protektorat nie ganz unterbinden lassen wird. Es ist daher dringend geboten, daß die Arbeitseinsatzbehörden künftig die Tschechen im übrigen Reichsgebiet einsetzen und die im Bezirk bereits vorhandenen, so oft sich die Gelegenheit dazu bietet, allmählich gegen andere fremdländische Arbeitskräfte ausgetauscht werden. Es kann kein Grund dafür anerkannt werden, daß die Tschechen in der Hauptsache im Sudetengau zur Arbeit angesetzt werden.

In diesem Zusammenhang ist bezeichnend der Bericht des Landrats von Falkenau-Elbogen. Er führt aus: "Erhebliche Schwierigkeiten treten bei den neuerdings in großer Zahl eingesetzten Tschechen auf, die aus Intelligenzkreisen stammend von den Protektoratsarbeitsämtern aus den Schulen herausgenommen wurden und nach hier zum Arbeitseinsatz gelangten. Diese zeigen ein verschlossenes Wesen, ein hetzerisches Benehmen und eine schlechte Arbeitsleistung.

Sie sprechen meist gut deutsch und suchen erfolgreich Anschluß an deutsche Mädchen." Der Oberbürgermeister von Eger berichtet: "Die Tschechen unterhalten einen sehr guten Nachrichtendienst. Trotz Drosselung in jeder Hinsicht mußte ich in der Berichtszeit 455 Durchlaßscheine für das Protektorat ausstellen."

Über das Verhalten der Tschechen bei und nach dem Fliegerangriff auf Wiesengrund berichtet der Landrat von Mies folgendes:

"Es muß jedoch gesagt werden, daß die tschechische Volksgruppe bei dem Fliegerangriff auf Wiesengrund eine große Hilfsbereitschaft an den Tag gelegt hat und daß den deutschen Volkszugehörigen die Unterstützung durch die Tschechen zu teil geworden ist. Abgesehen davon, daß sich das Feuerschutzpolizeiregiment Pilsen hervorragend bewährt hat, sind auch die tschechischen freiwilligen Feuerwehren der Nachbargemeinden sofort zur Hilfeleistung herbeigeeilt.

Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Tschechen ist gerade jetzt wieder besonders in Erscheinung getreten. Die bombengeschädigten Tschechen erhalten von ihren Volksgenossen aus dem Protektorat jegliche Unterstützung. Dieselbe geht soweit, daß tschechische Firmen ohne weiters bereit sind, die Instandsetzung der Gebäude sofort durchzuführen. Um die Stimmung der deutschen Bevölkerung nicht ungünstig zu beeinflussen, mußten sogar diese Hilfsmaßnahmen abgestoppt werden. Es wäre sonst soweit gekommen, daß die tschechischen Grundstücke in verhältnismäßig viel schnellerer Zeit und zwar in der früheren Art und Weise hergestellt sind als die deutschen. Es mußte daher verfügt werden, daß die tschechische Hilfeleistung nur im Rahmen der sonstigen Baumaßnahmen durchgeführt werden darf.

Die tschechischen Arbeiter, welche nach Wiesengrund dienstverpflichtet wurden (Dachdecker, Maurer, Glaser usw.) sind zum größten Teil ohne Handwerkszeug erschienen, offenbar in der Absicht, sich der Dienstverpflichtung dadurch wieder entziehen zu können oder, nachdem die Verpflichtung knapp vor den Osterfeiertagen erfolgte, letztere zu Hause verbringen zu können. Ansonsten gibt die Arbeitsleistung dieser Tschechen abgesehen von Einzelfällen zu Beanstandungen keine Veranlassung. Dagegen haben sich bei Fahrern der eingesetzten Kraftfahrzeuge mitunter Schwierigkeiten in der Richtung ergeben, daß ihre Arbeitsleistung weit hinter der normalen liegt. Ich habe mich daher veranlaßt gesehen, derartige Fahrer zu verwarnen und ihnen das Konzentrationslager anzudrohen, wenn sie nicht ordnungsmäßig den Fahrbefehlen nachkommen. Im übrigen habe ich einzelne Fahrer der Geheimen Staatspolizei bekanntgegeben. In Tuschkau-Stadt wurde zur Anzeige gebracht, daß sich am 7. Mai 1943 bei dem dortigen Gärtner Reiser zahlreiche Tschechen eingefunden haben (ca. 30 Personen), so daß man direkt von einer Versammlung sprechen konnte. Der Fall wird von der Geheimen Staatspolizei untersucht."

6.) Marxistische und sonstige staatsfeindliche Bestrebungen.

Es ist damit zu rechnen, daß bei der jetzigen gespannten Lage staatsfeindliche Elemente versuchen, die feindliche Propaganda aufzugreifen und falsche Gerüchte zu verbreiten, um Unruhe in die Bevölkerung zu tragen.

7.) Kirchen.

Der Kirchenbesuch hat weiter zugenommen, die Beteiligung an den kirchlichen Feiern während der Osterfeiertage war auch in den Städten äußerst stark. Auch die jetzt stattfindenden Maiandachten sind gut besucht. An der Firmung und Erstkommunion nahmen sehr viele Kinder teil.

Am 18.5. wurde der röm.-kath. Dechant Nikolaus Adler in Gossengrün, Kreis Falkenau, vorläufig festgenommen, weil er die Freigabe einer Reihengrabstelle für die verstorbene 12-jährige Tochter des gottgläubigen Hauptlehrers Andreas Löbl aus Haberspirk auf dem Friedhof in Gossengrün verweigerte und außerdem freundschaftlichen Umgang mit französischen Kriegsgefangenen pflegte. Nach Einschreiten des Landrats fand die Beerdigung statt.

Der Katechet i.R. Heinrich Franz Josef Kühnel in Podersam wurde von dem Sondergericht in Leitmeritz wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz zu einer Gefängnisstrafe von 15 Monaten verurteilt. Von der Anklage des Schwarzhörens wurde er freigesprochen. Außerdem wurde Kühnel vom Amtsgericht in Podersam wegen Vergehens gegen das Gesetz, betreffend die Bestrafung der Entziehung elektrischer Arbeit, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Vize-Provinzial der Redemptoristen in Karlsbad Dr. Augustin Reimann wurde vom Sondergericht in Eger wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz und Kanzelmißbrauchs zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr verurteilt.

II. Verwaltungsangelegenheiten.

1.) Allgemeine Verwaltungsfragen, Zusammenarbeit mit Partei, Behörden und Organisationen.

2.) Verwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Die Einziehungen zur Wehrmacht haben einen solchen Stand erreicht, daß in vielen Gemeinden die ehrenamtlichen Bürgermeister und Beigeordneten neben der Betreuung ihres eigenen Betriebes oder ihrer eigenen Landwirtschaft - in manchen Fällen sogar der Betreuung der Landwirtschaft eines Nachbarn - auch noch die Ehrenämter (Ortsbauernführer) zu führen haben. Die Klagen über übermäßige Inanspruchnahme dieser ehrenamtlich tätigen Bürgermeister und Beigeordneten werden immer lauter. Eine Änderung des Zustandes ist jedoch nicht möglich; die wenigen in der Heimat verbliebenen Männer müssen die gesamte Arbeitslast der Gemeindeverwaltung und der Partei tragen. Eine Erleichterung kann nur dadurch geschaffen werden, daß sie nicht täglich mit neuen und nur eingearbeiteten Fachkräften verständlichen Bestimmungen, insbesondere auf dem Gebiete der Kriegswirtschaft, überschwenmt werden und daß alle Erhebungen, auch solche seitens der Partei, die nicht kriegswichtig sind, unterbleiben.

3.) Verkehrswesen.

Die neuerliche Kürzung des Diesolkontingents führte zur Stilllegung von Diesel-Lkw. Der dadurch eingetretene Ausfall konnte durch Treibgasfahrzeuge ausgeglichen werden. Infolge der geringen Benzinzuteilung können die als Behelfslieferwagen eingestellten Pkw. vielfach nicht ausgenutzt werden. Deshalb wird die Umstellung einer Anzahl dieser Fahrzeuge auf das in letzter Zeit reichlich anfallende Treibgas angestrebt.

Der Fliegerangriff auf die Gemeinde Wiesengrund hat einen starken Kraftstoffverbrauch zur Folge gehabt. Nach der Berechnung des Wirtschaftsamt des Kreises Mies waren für den Monat Mai 4 000 kg Diesel- und 2 000 l Vergaserkraftstoff notwendig. Zugesichert wurden von dem Vertrauensmann des Gaubeauftragten Bau 1 000 kg Diesel- und 1 000 l Vergaserkraftstoff, geliefert aber lediglich 750 kg und 900 l. Diese Mengen sind vollkommen unzureichend, um die durch die Verhältnisse in Wiesengrund auftretenden Bedürfnisse zu befriedigen. Auch die Kraftstoffreserven der Feuerwehren und des SHD in verschiedenen Kreisen wurden durch den Einsatz in Wiesengrund übermäßig beansprucht. Um einen Ausgleich herbeizuführen, mußten im Monat Mai die für Pkw. vorgesehenen Mengen erheblich herabgesetzt und Pkw. stillgelegt werden.

In der Stadt Karlsbad wurde der vor einiger Zeit zwecks Einsparung von Treibstoff und Materialien eingestellte Omnibusverkehr an Sonntagen zum Bahnhof wieder aufgenommen, weil der starke Kurgästerverkehr dies notwendig machte. Aus demselben Grunde sind noch neun Kraftdroschken in Betrieb, die aber nur von Kranken, Verwundeten und Reisenden mit großem Gepäck benutzt werden dürfen.

4.) Fürsorgewesen.

5.) Schulwesen.

a) Volks- und Hauptschulen.

Nach dem Stande vom 24.5.1943 ergibt sich folgendes Bild:

Einberufungen zur Wehrmacht	1201 (Zunahme 29),
Mutterschaftsurlaub	24,
Abwesend wegen Erkrankung	96,
Urlaub unter Fortfall der Dienstbezüge	4,
Studienurlaub	4.

Der Unterricht an den Volks- und Hauptschulen in Wiesen- grund konnte nach dem 3.5. in vollem Umfange aufgenommen werden. Er wird in dem einen erhaltenen Schulgebäude im Wechselunterricht durchgeführt.

Am 21.5. wurde in Solislau, Kreis Mies, eine Arbeitstagung der weiblichen Mitglieder der Prüfungskommissionen für die 2. Lehrer- prüfung durchgeführt. Die Teilnehmer wohnten 4 Unterrichtseinheiten an der einklassigen Volksschule bei. Ferner wurden Fragen der Lehrerfortbildung und der 2. Lehrerprüfung behandelt.

Die von den Kreisschulämtern für die Aufnahme in die Aus- leselager für die Lehrerbildungsanstalten und Bildungsanstalten für Haushaltungslehrerinnen vorgelegten Verzeichnisse der gemel- deten Jungen und Mädchen wurden fristgerecht weitergeleitet. Hin- sichtlich der Einberufungen in die Ausleselager wäre es erwünscht, daß in Zukunft zwischen der Zustellung der Einberufung und dem Anreisetag eine größere Frist gegeben würde, damit den Schülern und Schülerinnen die Einberufung zeitgerecht zugestellt werden kann. In diesem Jahre traf bei mehreren Kreisschulämtern der Ein- berufungslerlaß erst an dem Tage ein, an welchem ein Teil der Jun- gen und Mädchen bereits in das Ausleselager abreisen sollte. (10.5.43). Aus dem Lagebericht des Landrats Tepl entnehme ich:

"Während sich im Vorjahre aus dem Landkreis Tepl 59 Bewer- ber für die Lehrerbildungsanstalt meldeten, sank die Zahl im heu- rigen Jahre auf 23. Die gleiche Erscheinung zeigte sich in nahezu allen anderen Landkreisen. Ich vermute, daß die Ursache dieses starken Rückfalles in der Zahl der Bewerber für den Erzieherberuf darin liegt, daß die Wertung dieses Berufes in der Öffentlichkeit leider sehr stark absinkt. Alle Mahnungen und Aufforderungen, für den Erziehernachwuchs zu werben, werden von der Erziehererschaft selbst nur mit geteilter innerer Überzeugung durchgeführt, da der Lehrer auf dem Lande heute von der Bevölkerung vielfach als Mädchen für alles beansprucht und gewertet wird. Nachteilig wirkt sich auch der Umstand aus, daß für die Kinder von Beamten und Lehrern, die eine Lehrerbildungsanstalt besuchen, keine Schulbeihilfen ge- währt werden."

Es ist eine allgemeine Erscheinung, daß das Pflichtbewußt- sein und das Verantwortungsgefühl bei den jüngsten Lehrkräften sehr viel zu wünschen übrig läßt. Vielfach sind die amtlichen Schrift- sachen nicht sorgfältig geführt. Auch Nachlässigkeiten im Dienst, wie verspäteter Unterrichtsbeginn, vorzeitiger Unterrichtsschluß, Stundenverlegungen u. a., schleichen sich ein. Der Mangel einer Betreu- ung der Lehramtsanwärter durch erfahrene Leiter macht sich recht

bedenklich

bedenklich bemerkbar. Infolge des Fehlens geeigneter Verkehrsmittel kann auch die Schulaufsicht nicht oft genug und rechtzeitig eingreifen.

Der Erlaß des Herrn Reichministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 5.2.1943, betreffend Kriegseinsatz der Jugend in der Forstwirtschaft, führte an einigen Schulen zu übermäßigen Forderungen der Forstverwaltung. So berichtet der Landrat in Kaaden:

"Die Verwendung der Schüler zu Waldkulturarbeiten hat zu Mißbräuchen geführt, da keine klaren Richtlinien gegeben wurden. Dieser Einsatz wird an Vormittagen durchgeführt und an Nachmittagen verweigern die Schüler die Arbeit. Dadurch wurden sie länger als notwendig und vertretbar vom Unterrichte abgehalten. Außerdem besteht bei dieser Durchführung nicht die Gewähr, daß die Arbeitszeit wirklich ausgenutzt wird."

b) Berufsbildende Schulen.

An einzelnen landwirtschaftlichen Berufsschulen für Jungen macht sich der Mangel an Lehrkräften sehr bemerkbar. Im kommenden Schuljahr wird die Schließung einzelner Schulen und die Zuweisung ihrer Schüler an Nachbarschulen notwendig sein.

Im Frühjahr 1943 wurden folgende Prüfungen abgenommen:
1 Staatsprüfung für das Lehramt an Landw.Berufsschulen für Jungen
und
3 Staatsprüfungen für das Lehramt der landw.Haushaltungskunde.

Die 4 Prüflinge haben die Prüfung bestanden und wurden sofort in den landwirtschaftlichen Schuldienst des Regierungsbezirks eingestellt.

Mit der Einstellung von 3 neuen Lehrerinnen der landw. Haushaltungskunde ist der Mangel an Lehrerinnen an den Mädchenabteilungen der Landwirtschaftsschulen des Bezirkes behoben.

c) Höhere Schulen.

() Gesundheitswesen.

In der Zeit vom 18.4. - 15.5.1943 sind folgende Erkrankungs- und Sterbefälle von übertragbaren Krankheiten zur Anzeige gelangt:

	Erkr.:	St.:
Diphtherie	197	16
Scharlach	276	9
Keuchhusten	21	-
Ansteckende Lungen- und Kehlkopftuberkulose	91	58
Hauttuberkulose	2	-
Tuberkulose anderer Organe	16	6
Übertragbare Genickstarre	2	-
Typhus	15	-
Paratyphus	5	-
Kindbettfieber n.standesamtl.meldepfl.Geburt	1	-
Kindbettfieber nach Fehlgeburt	1	-

Die

Die Zahl der Scharlach- und Diphtherieerkrankungen ist demnach nach wie vor recht hoch, auffallend ist die im Vergleich zu sonst etwas höhere Sterblichkeit an diesen beiden Krankheiten.

Vom Amtsarzt in Bischofteinitz wird berichtet, daß Scharlach öfters in untypischer Form mit geringem oder überhaupt fehlendem Exanthem verläuft. In Schindlwald, Kreis Neudek, ist in einem Lager mit 400 fremdländischen Arbeitern Scharlach mehrfach aufgetreten. Nach Durchführung einer Schutzimpfung ist die Krankheit sofort erloschen.

4 Typhuserkrankungen betrafen Pfléglinge der Heil- und Pflegeanstalt Wiesengrund und eine einen Ausländer.

Vom Amtsarzt in Podersam wird eine starke Zunahme der Masernerkrankungen gemeldet.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse in Falkenau klagt über die mangelhafte ärztliche Untersuchung ausländischer Arbeitskräfte durch die Werbestellen im Auslande. Es kamen nicht selten Arbeiter beispielsweise mit schwerer Tuberkulose oder mit doppelseitigen Leistenbrüchen zum Einsatz, die sich schon nach einigen Tagen zur Behandlung bei der Krankenkasse melden mußten.

Infolge Nachlässigkeit bei der Bedienung des Aufbereitungswerkes der städtischen Wasserleitung in Kaaden enthielt das Wasser eine Zeitlang Colibakterien und chemische Verunreinigungen. Wasserproben aus letzter Zeit waren wieder hygienisch einwandfrei.

7.) Veterinärwesen.

In einer Gemeinde des Kreises Asch ist erstmals Hühnerpest im Regierungsbezirk festgestellt worden. Durch sofortige Abschachtung der betroffenen Hühnerbestände kam es zu keiner weiteren Ausbreitung der Seuche.

Die Schlachtviehmärkte und Viehverteilungsstellen konnten ausreichend mit Vieh beliefert werden, während im freien Handel die Aufbringung der Schlachttiere in manchen Gegenden außerordentlich schwierig ist. Deshalb wollen sich die Fleischer in St. Joachimsthal und Schlackenwerth jetzt freiwillig an den Mittelmarkt in Karlsbad binden, dem sie bisher ablehnend gegenüberstanden. In letzter Zeit kam viel mageres Jungvieh auf die Märkte, das wegen Futtermangels abgestoßen werden mußte.

Die Grundmauern der Tierkörperbeseitigungsanstalt im Kreise Podersam sind bereits betoniert. Die Bauarbeiten gehen, nachdem eine vorübergehende Stockung in der Materiallieferung eingetreten war, weiter. Mit dem Bau der Anstalt im Kreise Falkenau dürfte vor Anfang Juli nicht begonnen werden können, da die Einreihung des Vorhabens in die Kriegsrangfolgeliste und dementsprechend die Baugenehmigung noch nicht erfolgen konnte.

8.) Bauwesen.

Auf dem Gebiete des Bauwesens ist die Lage unverändert.

Für die Durchführung von Instandsetzungsarbeiten mangelt es überall an Baustoffen und Arbeitskräften. Namentlich der Mangel an Dachdeckungsstoffen, insbesondere an Dachpappe und Nägeln, verhindert die allerdingendsten Instandsetzungen der durch die Frühjahrsstürme verursachten Dachsäden.

Die zum Anlauf freigegebenen Ziegeleien in den Kreisen Falkenau und Kaaden-Preßnitz können den Betrieb mangels Arbeitskräften nicht aufnehmen.

Die von den Handwerkern in Wiesenrund durchzuführenden Instandsetzungsarbeiten gehen gut vorwärts. Es sind jedoch zu wenig Bauarbeiter vorhanden. Die in Aussicht gestellten 340 Bauarbeiter aus dem Protektorat blieben wegen der dortigen Arbeitseinsatzlage und der Mitte Mai in Pilsen und Umgebung eingetretenen Flieger-schäden aus. Nunmehr sind 100 Bauarbeiter aus dem Bezirk des Arbeitsamtes Klattau zugesagt worden, außerdem zur Beseitigung der sich über eine Fläche von 30 ha erstreckenden Schäden an landwirt-schaftlichem Boden 100 Ostarbeiter. Die Zuweisung weiterer Arbeits-kräfte ist dringend notwendig, um der schwergeschädigten Bevöl-kerung möglichst schnell zu helfen, dann aber auch, um die jetzt in Wiesenrund gebundenen Arbeitskräfte möglichst bald für andere Aufgaben in anderen Orten freizubekommen. Schwierigkeiten ergeben sich auch dadurch, daß die Holz- und Eisenscheine nur sehr spärlich einlangen.

Im Monat April wurden im Regierungsbezirk 249 (im Vormonat 314) Bauvorhaben genehmigt.

Die genehmigten Bauvorhaben entfallen auf nachstehende Baugruppen:

1.) Wohnungsbauten	7
2.) Wohnungs- und -erweiterungsbauten	125
3.) Landwirtschaftliche Neubauten (Scheunen, Ställe und Schuppen)	31
4.) Landwirtschaftliche Umbauten	56
5.) Gewerbliche Neubauten	7
6.) Gewerbliche Umbauten	23

Insgesamt im April 1943 249 Bauvorhaben.

9.) Fremdenverkehr.Kurorte.

10.) Vermessungswesen.

Die schriftlichen Durchführungsarbeiten in den Kataster-werken konnten infolge Personalmangels noch nicht bei allen Kata-sterämtern abgeschlossen werden. Von den Katasterämtern wurden im Laufe des letzten Winters 22 Gefolgschaftsmitglieder zur Wehrmacht und zum Reichsarbeitsdienst eingezogen.

Infolge der lange andauernden Erkrankung der Vermessungs-räte in Mies und Neudek und der Einberufung des Vermessungsrats in Falkenau zur Wehrmacht mußten die laufenden Außenarbeiten bei die-sen Katasterämtern eingestellt werden. Von den im Regierungsbezirk noch tätigen 7 Vermessungsräten werden in den z.Zt. unbesetzten Vermessungsbezirken die Außenarbeiten nach dem Grade ihrer Dring-lichkeit mit ausgeführt.

III. Wirtschaftlicher Teil.

1.) Industrie, Handel und Gewerbe.

Die Lage in Industrie, Handel und Gewerbe zeigt keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vormonat. Die Zuteilung von Industriekohle ist gut. Die Waggongestellung durch die Reichsbahn hat sich wieder gebessert; Klagen sind nur aus der Glasindustrie im Kreise Falkenau gekommen. Auch die Zuteilung von Rohstoffen ist, den Verhältnissen entsprechend, im allgemeinen zufriedenstellend, wenn man von der Belieferung des Handwerks absieht, insbesondere der Schmiede, Schlosser und Schuhmacher.

Schwierig ist aber immer noch und in steigendem Maße die Arbeiterfrage. Die neuerdings wieder erfolgten Einberufungen wichtiger Fachkräfte haben fast überall große Lücken entstehen lassen, die in absehbarer Zeit nicht wieder geschlossen werden können. Dies hat dazu geführt, daß beispielsweise in manchen Textilbetrieben trotz dringlicher Aufträge einzelne Maschinen sogar stillgelegt werden mußten. Eine Deckung des Bedarfs an Fachkräften durch fremdvölkische Kräfte oder durch die Meldepflicht- und Stilllegungsaktion ist nur zu einem geringen Teile möglich, da hier kaum Fachkräfte, sondern im günstigsten Falle nur Hilfskräfte gewonnen werden, die erst angelernt werden müssen. Abgesehen davon ist aber auch die Zahl der zur Verfügung stehenden Hilfskräfte bei weitem nicht ausreichend. Die Arbeitsmoral ist im übrigen nach wie vor gut. Über die fremdvölkischen Arbeiter hört man viel Widersprechendes. Besonders werden neuerdings die Belgier und Russen vielfach als gut bezeichnet. Die Franzosen sind anfangs nicht recht zu gebrauchen, entwickeln sich dann aber nach einiger Zeit zu brauchbaren Arbeitern.

Die Betriebsstillegungen haben nicht nur im Kreise der unmittelbar Betroffenen, sondern weit darüber hinaus auch in der Allgemeinheit eine abfällige Kritik hervorgerufen, die nicht ganz unberechtigt erscheint.

Es herrscht die Ansicht, daß die als überstürzt bezeichnete Anordnung dieser Maßnahmen auf den Fall von Stalingrad und eine dadurch hervorgerufene Nervosität zurückzuführen sei, ein Eindruck, der die Stimmung naturgemäß schon an sich erheblich beeinträchtigt. Hinzukommt aber, daß die kurzfristige Durchführung dem Betroffenen oft die Vermutung nahelegt, daß sein Fall nicht gründlich und nicht eingehend genug behandelt worden sei. Die Folge davon sind viele und eindringliche Beschwerden. Die Zahl dieser Beschwerden hat sich nachträglich noch gesteigert, als tatsächlich verschiedene übereilte Schließungen wieder rückgängig gemacht werden mußten. Wenn in einem Landkreise von 29 ursprünglich geschlossenen Betrieben nicht weniger als 17 wieder eröffnet werden mußten, sodaß schließlich von 29 nur 12 Stilllegungen übrigblieben, so ist dies ein erschütterndes Ergebnis, das bei gründlicher Prüfung von vornherein hätte vermieden werden können. Die schon infolge dieser Überstürzung hervorgerufene Unruhe wird aber noch weiter gesteigert durch den Erlaß des Herrn Reichswirtschaftsministers vom 22.4.1943, wonach es den Betroffenen unter Umständen möglich ist, sich mit einem oder mehreren anderen nicht geschlossenen Betrieben zu einer Kriegsbetriebsgemeinschaft zusammenzuschließen. Dieser Erlaß kommt viel zu spät und ruft deshalb weitere Erbitterung hervor; man fragt sich, warum diese Möglichkeit nicht von

vornherein

vornherein vorgesehen worden sei. Hinzukommt für den Betroffenen die Sorge um die Zukunft. Es ist ihm zwar zugesichert worden, daß er seinen Betrieb bei Kriegsende wieder eröffnen dürfe: aber es fehlen ihm dann nicht nur die Ware, sondern vor allem auch die Ladeneinrichtung, Büromaschinen usw., deren Beschaffung ihm zunächst schwierig sein wird; es fehlen ihm die Beziehungen zu den Lieferanten, die besonders wichtig sind, es fehlt ihm vor allem aber der Kundenkreis, der sich anderswohin gewöhnt hat. Er muß also ganz von neuem aufbauen und von vorn wieder anfangen. Es ist aber nicht allein die Sorge um die Zukunft, die ihn bedrückt, sondern oft auch die Sorge um die Gegenwart, denn vielfach hat er noch keinen Pfennig Beihilfe bekommen, selbst wenn er sie dringend nötig hat.

Aber auch die freigewordenen Arbeitskräfte sind vorerst manchmal in mißliche Verhältnisse geraten. Es ist nicht einfach, gerade die vielen Halbtagskräfte, insbesondere Frauen, richtig in Arbeit unterzubringen, zumal es sich vielfach um Frauen handelt, die neben ihrer häuslichen Tätigkeit gerade die bisherige - vielleicht nahegelegene - Arbeitsstelle zur Not noch ausfüllen konnten, denen aber eine entferntere Arbeitsstelle nicht zugemutet werden kann. Bezeichnend in diesem Zusammenhange ist die Äußerung eines Kreisobmannes der DAF, daß wir zur Zeit wegen der Stilllegungen wieder "Arbeitslosigkeit" hätten, obwohl die Stilllegungen doch gerade den Zweck hatten, Arbeitskräfte zu gewinnen!

So hat die Stilllegungsaktion in weiten Kreisen eine Unruhe hervorgerufen, die in Verbindung mit der allgemein nicht besonders günstig beurteilten Kriegslage sehr bedauerlich ist und vor einer Wiederholung derartig übereilter und wohl nicht zu Ende gedachter Maßnahmen eindringlich warnt.

Im Kohlenbergbau ist die Förderung zurückgegangen, insbesondere bei den Marienschichten in Königswert, wo der Gesamtdurchschnitt des Krankenstandes sich auffällig von 5,2% auf 8% erhöhte und bei den Häuern sogar 10,9% betrug. Durch diesen Umstand und das Anlaufen des bezahlten Urlaubs entstand gegenüber dem Vormonat ein Förderausfall von fast 3 000 t allein in diesem Schachte (Belegschaft 634 Arbeiter). Durch den Fliegerangriff auf Wiesengrund wurde die Förderung der "Gut Glück"-Grube vorübergehend unterbrochen.

Die Aufbereitungsanlage der Egerländer Erzbergbau GmbH. in Schlaggenwald wird noch diesen Sommer zum Anlaufen kommen, so daß dann sämtliche Zinngruben des Regierungsbezirks voll arbeiten.

In den drei im Kreise Tepl in Angriff genommenen Glimmergruben werden die Aufschließungsarbeiten durch die Reichsstelle für Bodenforschung fortgesetzt, es wurde abbaufähiges Glimmervorkommen festgestellt. Man rechnet mit einem Förderungsbeginn im nächsten Monat. Die erste Verarbeitung erfolgt an Ort und Stelle, die weitere Aufspaltung wird in Stift Tepl vorgenommen. Die benötigten Arbeitskräfte (50 Frauen) wurden vom Arbeitsamt bereits zugesichert.

Die Textilindustrie ist voll beschäftigt und kann ihren Aufträgen kaum nachkommen. Dem besonders hier bestehenden Arbeitermangel soll dadurch einigermaßen abgeholfen werden, daß in den größeren Gemeinden Faktoreien und Nähstuben eingerichtet werden, in welchen insbesondere die Halbtagskräfte aus der Meldepflicht- und Stilllegungsaktion, die ortsgebunden sind, Arbeit finden sollen.

In der metallverarbeitenden Industrie ist der besonders große Mangel an Facharbeitern immer wieder hervorzuheben. Nachdem die Verlegung der Leichtmetall A.G. in Regensburg in die unbenutzten Flugzeughallen in Marienbad genehmigt wurde, werden hier bereits die Einrichtungsarbeiten vorgenommen. Die Eisengießerei Rasmussen in Breitenbach arbeitet mit Hochdruck und stellt laufend Arbeiter ein; der Betrieb wird noch durch Neubauten vergrößert. An fertiger Ware gehen wöchentlich bereits 4 - 6 Waggons ab.

2.) Land- und Forstwirtschaft.

Die Frühjahrbestellung ist überall beendet. Die Aussicht auf eine besonders gute Ernte wurde stark beeinträchtigt durch die übergroße Trockenheit, die stellenweise sogar zu Besorgnissen Anlaß gegeben hat. Es ist zu hoffen, daß der in den letzten Tagen gefallene Regen eine Besserung der Aussichten bringt.

Im Kreise Saaz haben die Frühjahrssaaten, besonders Rüben, Mohn, Gemüse, Sommerraps, teilweise durch die Aprilstürme, die das Saatgut mit der Erde wegwehten, stark gelitten. Hin und wieder mußte neu angebaut werden. Dort ist jetzt das Interesse für Anlagen von Windschutzgehölzen usw. gestiegen.

Durch Einberufungen selbständiger Landwirte, für die keine deutschen Betriebsführer als Stellvertreter vorhanden sind, sind an manchen Stellen Schwierigkeiten entstanden. In der Landwirtschaft besteht im übrigen ein erheblicher Bedarf an fremdvölkischen Arbeitern. Zusagen auf Zuweisung von Slowaken oder Kubanfamilien konnten nicht gehalten werden. Von einer Stelle wird darauf hingewiesen, daß bei den Ostarbeitern infolge der durch unzureichende Versorgung mit Kleidung und Schuhen hervorgerufenen Erkältungen ein erheblicher Arbeitsausfall entsteht. Im Kreise Marienbad hat es Erbitterung erregt, daß fremdvölkische in der Landwirtschaft beschäftigte und bewährte Arbeiter, die den Winter über an die Reichsbahn abgegeben wurden, jetzt trotz aller Bemühungen von dieser nicht wieder zurückgegeben werden.

Die Ablieferung von landwirtschaftlichen Produkten geht im großen und ganzen zufriedenstellend vor sich. Besonders gut ist sie im Kreise Tachau, der von der Landesbauernschaft als Muster bezeichnet wird. Es wird darauf hingewiesen, daß die erhöhte Ablieferung nicht etwa auf eine besonders gute Ernte des Vorjahres zurückzuführen ist, sondern vielmehr auf die richtige Einstellung zur Erfüllung der Ablieferungspflichten.

Die Holzabfuhr geht, wenn auch mit großen Hemmungen, weiter vorwärts. Aus den Kreisen Mies und Bischofteinitz wird berichtet, daß dort bereits Schwierigkeiten durch die Häufung von Holz auf den Bahnhöfen entstehen, das infolge Waggommangels nicht abtransportiert werden kann.

3.) Preisbildung und Preisüberwachung.

Einberufungen zur Wehrmacht oder zu sonstigen Einsatz sind in der Berichtszeit nicht mehr erfolgt. Anfang des Monats ist ein neuer Preisprüfer für die im Regierungsbezirk sehr zahlreichen Textilfabriken und Textilhandlungen eingestellt worden.

Die Abführungsbescheide auf die Gewinnerklärungen für das Jahr 1940 sind jetzt restlos erteilt worden. Die Erklärungen für das Jahr 1941 sind fast sämtlich vorgelegt, die für 1942 laufen zur Zeit noch ein.

Trotz

Trotz mehrmaliger Bekanntmachung der Anordnung des Herrn Reichskommissars für die Preisbildung über die Meldepflicht beim Verkauf von Gangochsen, die angesichts der Pferdeknappheit in zunehmendem Maße angekauft werden, mußten allein in einem Kreise 78 Verkäufer wegen Verstoßes hiergegen angezeigt werden. Die Mißstände auf dem Gebiet der Pferde- und Gangochsenpreise, die fort-dauern, dürften im übrigen ebenso bekannt sein wie die Mißstände auf dem Gebiet der Preise für Klein- und Jungtiere (Geflügel, Kaninchen, Ziegen und zur Zeit besonders Gänse- und Entenküken). Auch sonst reißen die Klagen über den unerlaubten Schleich- und Tauschhandel nicht ab.

Eine Kreisbauernschaft hat den zuständigen Landrat gebeten, mit Rücksicht auf die Förderung der Schweinezucht von der Bestrafung von Preisverstößen beim Schweinehandel abzusehen.

Ganz allgemein muß gesagt werden, daß die Preisnoral, vor allem bei den Landwirten, in immer bedenklicherem Maße abzusinken scheint.

Die Preise für Gemüse sind teilweise im Verhältnis zum Einkommen der werktätigen Bevölkerung viel zu hoch.

4.) Wohnungs- und Siedlungswesen.

Nach Erlaß der Anordnung des Herrn Gauwohnungskommissars zur Verordnung zur Wohnraumlentkung vom 27.2.1945 wurden die Landräte angewiesen, die erforderlichen örtlichen Anordnungen als Kreisordnung für sämtliche Gemeinden des Kreises zu erlassen. Ein Muster für diese Anordnung habe ich übersandt. Auf diese Weise wird erreicht, daß die Bestimmungen im Regierungsbezirk in großen und ganzen einheitlich sind.

Der Ausbau von Dachgeschoßen geht langsam, oft behindert durch Materialmangel, weiter. Die Ablehnung vieler Hausbesitzer oder sonstiger Verfügungsberechtigter, Raum für Wohnungszwecke abzugeben, ist oft darauf zurückzuführen, daß sie es in Kauf nehmen müssen, Mieter zu erhalten, von denen sie sich auch dann schwer trennen können, wenn diese sich nicht in die Hausgemeinschaft einordnen. Wenn der Vermieter die Gewißheit haben würde, daß Störer des Hausfriedens nach objektiver Feststellung durch eine Behörde aus der Hausgemeinschaft wieder entfernt werden könnten, so würde er viel eher zu einer Vermietung bereit sein.

Der soziale Wohnungsbau wird in dem zulässigen Rahmen nur unter größten Schwierigkeiten weitergeführt.

Vom Oberbürgermeister in Karlsbad liegt eine Klage vor, daß die Wohnungstauschsachen bei dem Amtsgericht in Karlsbad im Gegensatz zu anderen Gerichten sehr langsam bearbeitet würden. So habe sich beispielsweise die Erledigung eines Falles über drei Monate hinausgezogen.

5.) Gewerbeaufsicht.

6.) Versorgung.

Die Versorgung der Bevölkerung mit bewirtschafteten Lebensmitteln erfolgte reibungslos. Die Gemüseversorgung war im allgemeinen gut. Nur einzelne Kreise sind mit Spinat schlecht beliefert worden. Da das Angebot sehr groß ist, ist dies nicht zu verstehen. Die Verteilung müßte durch den Gartenbauwirtschaftsverband besser geregelt werden. Der ausländische Salat soll teilweise in verdorbenem Zustand angeliefert werden. Die Ursache soll in der Überbelastung der Waggons zu suchen sein. Der verdorbene Salat wird von den Großverteilern, ohne daß er aussortiert wird, den Kleinverteilern aufgezwungen, die dadurch erheblichen Schaden haben, weil sie den Abgang nicht im Preise ausgleichen können. Im Kreise Asch ist wie in den Städten Karlsbad und Eger in der Obst- und Gemüseversorgung eine Bindung an einen bestimmten Händler durchgeführt worden, um Bedarf und Verbrauch in Einklang bringen zu können. In der Stadt Eger mußten, um den Absatz des Gemüses zu regeln, sogenannte Koppelungskäufe zugelassen werden; das weniger begehrte Gemüse mußte mit anderem Gemüse zusammen in einem bestimmten Verhältnis abgenommen werden, um den Verderb der sonst nicht abgehenden Waren zu verhindern. Der damit bezweckte wirtschaftliche Erfolg bleibt aber meistens aus, weil die Bevölkerung dieses zwangsweise zugeteilte Gemüse zu Ernährungszwecken doch nicht verwendet.

Die Qualität des Rindfleisches wurde teilweise beanstandet. Die Zuteilung an Schweinefleisch war vielfach nicht ausreichend. Über die Beschaffenheit der Butter wurde hin und wieder geklagt. Die Karlsbader Zentralmolkerei-Butter soll im Kreise Naudek in ranzigem Zustand eingetroffen sein. Die Frischmilchversorgung war in den größeren Städten nicht ausreichend. Die Zuteilung an Quark blieb in Karlsbad hinter den Bedarf zurück.

Auf dem Gebiet der zwangsbewirtschafteten Waren zeigten sich bei den Spinnstoffen und bei den Schuhen die alten Klagen. Die zugeteilten Kontingente reichen nicht aus, um die Ansprüche zu befriedigen. Vielfach herrscht Mangel an bedruckten Kleider- und Blusenstoffen für Frauen und Mädchen, an Unterwäsche für Männer und Frauen, an Kinderstrümpfen, Decken und Knabenanzügen. Auch die Zuteilung von Matratzen und Strohsackkleinen ist teilweise nicht ausreichend, so daß oft keine Zuteilung an Jungverheiratete erfolgen kann.

Immer wieder wird die Bedarfsbeschränkung bei der Trauerkleidung (nur an Mütter und Ehefrauen) bemängelt. Auch die Abgabevorschriften über die Bedarfsdeckung bei Säuglingswäsche sollen sich in der Praxis nicht bewährt haben; es ist anzunehmen, daß die Zuteilung nach vorgeschriebenen Längen durch den Handel nicht genügend beachtet wird.

In der Petroleumversorgung ergaben sich Verzögerungen in der Versorgung des Kleinhandels durch die Übersendung der Petroleumhändlerscheine an den Vertrauensmann der Reichsmineralölstelle.

Der Mangel an Haushaltsgegenständen, wie Kochtöpfen, ERbestecken, Eimern, Porzellangeschirr, hat sich besonders für die landwirtschaftlichen Haushaltungen störend ausgewirkt.

Großer Mangel besteht auch an eisernen Gebrauchsgegenständen, die in der Landwirtschaft benötigt werden, wie Schaufeln, Spaten, Holzhacken, Sicheln, Sensen und Viehketten. An sich sollen diese Waren aus dem Fertigungskontingent ohne Eisenscheine geliefert werden. Die Eisenwarenhändler weigern sich aber oft, diese Waren ohne Eisenscheine abzugeben, wodurch sich ein unerwünschter Tauschhandel entwickelt. Der Mangel läßt sich nur dadurch besei-

tigen,

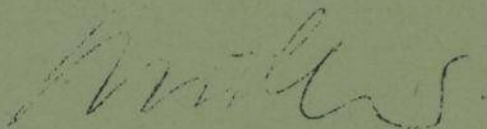
tigen, daß alle diese Waren unter Zwangsbewirtschaftung gestellt werden.

Die Bezugscheinneuregelung für einzelne Haushaltswaren aus Eisen (emaillierte Töpfe usw.) hat sich gut eingelaufen und in der Praxis bewährt.

In der Tabakversorgung ist für alle Kreise ein einheitlicher Satz für die abzugebende Menge zu bestimmen. Erwünscht sind größere Zuteilungen an Rauchtabak.

Die Versorgung mit Möbeln und Rundfunkgeräten begegnet erheblichen Schwierigkeiten. Die Bezugscheine konnten sehr oft nicht eingelöst werden.

In Vertretung:

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Müller', is written in dark ink on the document.

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Prag

Prag II, den 8. Juni 1943.
Bredauer-Gasse 20.
Fernruf 300-41.

B.-Nr. 1069/43 - II G -

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben.

34

An

den Höheren H -und Polizeiführer,
 H -Gruppenführer, Staatssekretär
K. H. Frank,

in Prag - Czernin,

den Befehlshaber der Sicherheitspolizei
und des SD,
 H -Standartenführer Dr. Weinmann,

in Prag.

Betrifft: Friedrich Wilhelm Plackmeyer, geb. am 11.11.04
zu Hamburg.

Vorgang: Mündl. Vortrag H -Obersturmbannführer Oberregierungsrat
Dr. Gerke, am 3.6.1943.

Am 27.5.1943 wurde der Reichsdeutsche Friedrich Wilhelm Plackmeyer, derzeit Bezirksstellenleiter der böhm.-mähr. Landgesellschaft im Verfahrensgebiet Prag-Nord, verheiratet, evangelisch, wohnhaft Gut Winitz, Bezirk Jungbunzlau, wegen deutschschädigenden Verhaltens, Freiheitsberaubung, Waffenmissbrauches und widerrechtlicher Benutzung eines Kraftwagens im angetrunkenen Zustande am 27.5.43 festgenommen. Plackmeyer hat in der Nacht vom 25. zum 26.5.43 im trunkenen Zustande mehrmals grundlos aus seiner Pistole vor dem Gasthaus des Umsiedlers Miess in Katusitz geschossen. Der Protektoratsangehörige Josef Suchy wollte der Sache auf den Grund gehen und begab sich rasch - in unvollständiger Kleidung - nach der fraglichen Stelle, wo Plackmeyer auf ihn zulief und ihm seine Pistole auf die Brust setzte. Plackmeyer nahm den Suchy in seinen Wagen und fuhr mit ihm nach Winitz. Während der Fahrt

St. C. V. F. - 43/43

fuhr er in einen Graben, wobei er wiederum aus seiner Pistole schoss. In Winitz angekommen, schloss P l a c k m e y e r den Suchy mit dem Wagen in die Garage ein. Später begab er sich zur Aussendienststelle der Geheimen Staatspolizei in Jungbunzlau, wo er um 5,15 Uhr mit Suchy und seinem Angestellten Johansen eintraf. Dort redete er mißverständlich von der Festnahme eines verdächtigen Mannes - er meinte damit Suchy, fuhr jedoch ohne das Gespräch beendet zu haben, mit den beiden anderen Insassen mit dem Kraftwagen wieder davon.

Die Ermittlungen ergaben, dass P l a c k m e y e r an dem betreffenden Morgen nach Winitz zurückgefahren war und dort den Suchy wieder in die Garage eingesperrt hatte. Nach mehreren Stunden liess er Suchy durch Johansen aus der Garage holen, liess ihn bis Rokytowetz mit dem PKW fahren und dort absetzen. Von dort aus mußte Suchy in seiner mangelhaften Bekleidung - er trug nur Hemd, Unterhose, sowie einen leichten Überrock - barfuss und bei hellem Tag noch etwa 8 km bis zu seiner Wohnung gehen.

Die Handlungsweise des P l a c k m e y e r hat in Katusitz und Umgebung größte Empörung unter der tschechischen Bevölkerung hervorgerufen, nachdem man erfuhr, dass auch er es war, der die nächtliche Schiesserei verursachte.

Von einer Festnahme des Johansen wurde abgesehen. Ich habe die Aussendienststelle Jungbunzlau angewiesen, P l a c k m e y e r auf die Dauer von 6 Wochen in Schutzhaft zu nehmen und ihn in das Polizeigefängnis Theresienstadt einzuweisen.

A. Guzik

W. a. d.

31 9 44

St.M. V F - 45 a/43.

Prag, den 5. November 1943.

Vermerk:

Der angeschlossene Vorgang kann als erledigt zu den Akten genommen werden.

[Handwritten signature]

ol
- 1. VII. 1943

- 1.) Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

W-Obersturmbannführer Gerke
durch die Hand von W-Standartenführer Weinmann.

In Sachen Diebstahl von Donaritsprengstoff bei der Firma
Explosia beziehe ich mich auf das dort. an W-Obergruppen-
führer Frank gerichtete Fernschreiben vom 23.6.d.Js. - Nr.
22630 und bitte, Obergruppenführer Frank über das Ermitt-
lungsergebnis auf dem Laufenden zu halten.

02020

ls

W-Obersturmbannführer.

- 2.) Wv. am 1.¹⁰ 1943 bei dem Unterzeichner.

Wiedervorgelegt am 1. 8. 43
1. 10. 43

St.S. V F - 45/43.

Prag, den 23. Juni 1943.

G.R. mit 1 Anlage

W-Sturmbannführer Kluckhohn

zur Vorlage des Vorganges bei W-Oberst-Gruppenführer
Daluge übersandt.

21023

W-Obersturmbannführer.

Fernschreibstelle

□ □ □ □

R-Prot. Nr. 6369

Laufende Nr.

39

Fernschreibname

Angenommen:

Befördert:

Aufgenommen:

Datum: 19

Datum: 23/6 19 43

um: 14:20

um: 16.30

an: K. H. Frank

von: Stl. Pr

durch:

durch: H/L

Rolle:

Vermerke:

Fern TL. PRAG FS. NR. 22630 23.6.43 1600 -- NEV. --

A) AN DAS RSHA. -IV A 2 - BERLIN ---

B) AN DEN HOEHEREN SS - U. POLIZEIFUEHRER SS-O.GRUF.

K. H. F R A N K --- PRAG ---

Vermerke für Beförderung vom Absender auszufüllen

(Bestimmungsort)

C) AN DEN BDS. U.D. SD SS-STAF. DR. W E I N M A N N --- PRAG

--- BETR.: EREIGNISMELDUNG. ---

AUS EINEM VON DER FIRMA EXPLOZIA AM 18.6.43 IN SEMTIN MIT 40

KISTEN A 25 KG DONARITSPRENGSTOFF BELADENEN EISENBAHNWAGGON

SIND BIS ZU SEINEM EINTREFFEN AM 21.6.43 IN LUSCHNA 7,5 KG

DONARIT GESTOHLEN WORDEN. TAETER IST DURCH EIN KLEINES

RUNDFENSTER IN DEN WAGGON EINGEDRUNGEN. DIE ERMITTLUNGEN WERDEN

VON DER STAPO, KRIPO, PROTEKTORATSPOLIZEI UND

PROT.-GRENDARMERIE DURCHGEFUEHRT. DER DIEBSTAHL IST ZWISCHEN

SEMTIN UND KLADNO ERFOLGT. ---

IN DER NACHT VOM 21. UND 22.6.43 WURDE IN DIE NEU EINGERICHTETE

SA-KANZLEI IN KLADNO EINGEBROCHEN. ES WURDEN HIERBEI 700 STUECK

Unterschrift des Auftraggebers

Fernsprechanschluß des Auftraggebers

39a

KAL. 22 PATRONEN ENTWENDET. EINBRUCH MIT ROHEN WERKZEUGEN



65048

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei
und des SD

40

Prag, den 2. Juli 1943
XIX, Kottensalze 19

Tgb. Nr. B. d. S.

- I - 1283/43

Bitte bei der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben.

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei
u. des SD in Prag
10. VII. 1943
BdS I. B.Nr. 1443/43

B

An den
Höheren W- und Polizeiführer
W-Obergruppenführer Staatssekretär
K.H. Frank
Prag

Büro des Staatssekretärs
bei der Reichsregierung
in Böhmen und Mähren.
Eing.: -7. JULI 1943

Betr.: Verdacht der Sabotage bei der Firma Kirchhof
in Raschkowitz bei Mähr.-Osttau.

Vorg.: Hies. Schreiben - I - 1283/43 vom 23. Juni 1943.
V

Der nach Bekanntwerden der Turbinenbeschädigung angenommene Sa-
botageverdacht konnte im Verlaufe der weiteren Ermittlungen nicht
erhärtet werden. Es kann angenommen werden, daß die Beschädigung
der Turbine auf ein Zusammentreffen verschiedener unglücklicher
Umstände zurückzuführen ist und der Hammer durch Zufall in die
Turbine gelangte.

BdS z.
(mit der Bitte um Eingabe)

[Handwritten signature]
W-Standartenführer.

Büro des Staatssekretärs
bei der Reichsregierung
in Böhmen und Mähren.
23. JULI 1943

[Large handwritten signature]

17 JULI 1943
8814

S. a. d.
V F - 47 a/43
27/10.43

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei
und des SD

Prag, den
XIX, Kastenienallee 19

24. Juni

41
19 43

B. Nr. B. d. S.

- I - 1284/43

Bitte bei der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben.

Büro des Staatssekretärs
bei der Feilenfabrik
in Böhmen und Mähren.

26. JUNI 1943

An den
Höheren W- und Polizeiführer
W-Obergruppenführer Staatssekretär
K. H. Frank

Prag

Betr.: Sabotageanschlag in der Feilenfabrik St. Egidy in Friedeck
in der Nacht zum 21. Juni 1943

Vorg.: Hies. Schreiben - I - 1284/43 vom 23. Juni 1943

Als Ergänzung zu meinem Schreiben vom 23. Juni 1943 - I - 1284/43 teile ich mit, daß der durch den Sabotageanschlag stillgelegt gewesene Betrieb bis auf einige Maschinen bereits wieder in vollem Umfange die Produktion aufgenommen hat.

Die Vernehmung der festgenommenen Personen führte bisher zu keinem Ergebnis. Auch konnten bisher irgendwelche Hinweise oder Spuren auf bestimmte Täter nicht gefunden werden.

6.7.
für Feilenfabrik, T 5-48a/43

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei
und des SD

42

Prag, den 2. Juli 1943
XIX, Kauternallee 19

Tgb. Nr. B. d. S.

- I - 1284/43

Bitte bei der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben.

An das
Büro des Herrn Staatssekretärs
z.Hdn. von Frau K ü h l

P r a g

Betr.: Sabotageanschlag in der Feilenfabrik St. Egydyer

Anl.: - 1 -

Beigefügt sende ich den oben genannten Vorgang zurück.

Im Auftrage:

Mün
Hauptstaraführer.

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei
und des SD

Prag, den 23. Juni
XX, Katanienallee 19

43
1943

Tgb. Nr. B. d. S.

- I -

1284/43

Bitte bei der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben.

An den
Höheren W- und Polizeiführer
W-Obergruppenführer Staatssekretär
K. H. Frank

Prag

Betr.: Sabotageanschlag in der Feilenfabrik St. Egdyer
in Friedeck in der Nacht vom 20. zum 21. Juni 1943.

Vorg.: Ohne.

In dem benannten wehrwirtschaftlich wichtigen Betrieb wurde in der Nacht zum 21. Juni 1943 durch Zerschneiden von etwa 70 Lebertreibriemen durch bisher nicht festgestellte Täter ein Sabotageakt verübt. Wegen Fehlen von Ersatzriemen kann der durch diesen Sabotageakt fast vollkommen stillgelegte Betrieb nur in ganz beschränktem Umfange weitergeführt werden.

Bisher wurden im Rahmen der sofort eingesetzten Ermittlungen 9 Personen als tatverdächtig festgenommen. Es ist anzunehmen, daß die Täter selbst, unter Mithilfe dieser festgenommenen Personen, von der Straße her durch ein großes Glasfenster in den Betrieb einstiegen und diesen nach Ausführung der Tat auf gleichem Wege vermutlich wieder verließen.

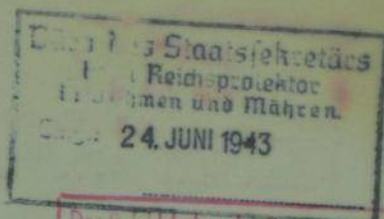
46. O'st. (Kaufm. u. S.)

Abfluss!

Jr.

Müller

[Red signature]



St. G. V F - 48/43

1.) Vermerk:

Weisungsgemäß habe ich die in dem anliegenden Tagesbericht des SD-Leitabschnitts Prag vom 8.7.d.Js. - Zeichen Nummer 79/43 angeschnittenen Fragen der Ausbreitung der Aussiedlungsgerüchte sowie der Durchführung der Geburtstagsfeiern für Staatspräsidenten Dr. Hácha mit $\frac{1}{4}$ -Sturmbannführer Wolf besprochen. Sturmbannführer Wolf wird zur Frage, ob der Ausbreitung der Aussiedlungsgerüchte durch eine Rundfunkansprache von Minister Hrubý entgegengetreten werden soll, $\frac{1}{4}$ -Obergruppenführer Frank Vortrag halten.

2.) Z.d.A. (Archiv).